

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Deutsch-Ukrainischer  
Agrarpolitischer Dialog

Agrarpolitischer Bericht

APD/APB/14/2022

# APD-PROJEKTÜBERSICHT. EFFIZIENZAUSWERTUNG DER PROJEKTINSTRUMENTE FÜR AGRARPOLITISCHE BERATUNG

Roman Korinets

Kiew, Oktober 2022

Durchgeführt von



Operativer Projektpartner:



## **Über das Projekt „Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog“ (APD)**

Das Projekt Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD) wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) seit 2006 zunächst bis Ende 2024 gefördert und in dessen Auftrag über den Mandatar GFA Consulting Group GmbH sowie eine Arbeitsgemeinschaft bestehend aus der IAK AGRAR CONSULTING GmbH (IAK), dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und der AFC Agriculture and Finance Consultants GmbH durchgeführt. Projektträger ist der Nationale Verband der Landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine „Dorada“. Der APD kooperiert mit der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH bei der Umsetzung wichtiger Komponenten zur Entwicklung einer effektiven und transparenten Bodenverwaltung in der Ukraine. Benefiziar ist das Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine.

In Übereinstimmung mit marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Grundsätzen und unter Berücksichtigung der sich aus dem EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen ergebenden Entwicklungspotentiale soll das Projekt die Ukraine bei der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft, einer effektiven Verarbeitungsindustrie und bei der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie bei Schutz der nützlichen Ressourcen unterstützen. Dazu sollen vor allem deutsche, hier u.a. ostdeutsche, aber auch internationale, insbesondere EU-Erfahrungen bei der Gestaltung agrar- und forstpolitischer Rahmenbedingungen sowie bei der Organisation von entsprechenden Institutionen bereitgestellt werden.



[www.apd-ukraine.de](http://www.apd-ukraine.de)

### **Autor**

Roman Korinets

### **Disclaimer**

Dieser Beitrag wird unter der Verantwortung des Bilateralen Kooperationsprojektes Deutsch-Ukrainischen Agrarpolitischen Dialogs (APD) veröffentlicht. Jegliche Meinungen und Ergebnisse, Schlussfolgerungen, Vorschläge und Empfehlungen beziehen sich auf die Autoren und müssen nicht den Ansichten des APD oder des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) entsprechen.

## **INHALTVERZEICHNIS**

<b>EINFÜHRUNG.....</b>	<b>4</b>
<b>1. KURZBESCHREIBUNG DES PROJEKTS „DEUTSCH-UKRAINISCHER AGRARPOLITISCHER DIALOG“ (APD) .....</b>	<b>5</b>
<b>2. AGRARPOLITISCHE BERATUNG: BEGRIFF, RECHT, PRAXIS .....</b>	<b>7</b>
2.1. Aktualität der politischen Agrarberatung .....	7
2.2. Begriff der politischen Beratung .....	7
2.3. Rechtliche Aspekte der agrarpolitischen Beratung in der Ukraine .....	9
2.4. Praxis der agrarpolitischen Beratung in der Ukraine .....	15
2.5. Agrarpolitische Beratung im Ausland .....	18
<b>3. AGRARPOLITIK IM KONTEXT DER AGRARPOLITISCHEN BERATUNG.....</b>	<b>25</b>
3.1. Wesen der Agrarpolitik .....	25
3.2. Agrarpolitik der Ukraine: Aspekte aus der Vorkriegszeit .....	26
3.3. Krieg und Agrarpolitik.....	38
3.4. Agrarpolitik: zukünftige Herausforderungen .....	42
<b>4. APD: AGRARPOLITISCHE BERATUNG.....</b>	<b>46</b>
4.1. APD: Aktivitäten, Aktualität, Einzigartigkeit .....	46
4.2. APD und Krieg .....	48
4.3. APD und ländliche Entwicklung .....	50
4.4. APD und Agrarhandelspolitik .....	52
4.5. APD als Plattform für Polylog .....	53
4.6. Effizienzbewertung des APD .....	54
<b>ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN.....</b>	<b>63</b>

## EINFÜHRUNG

Aktuelle Agrarpolitik steht angesichts mehrerer Faktoren und Herausforderungen in mehrfacher Hinsicht unter Druck.

Der größte Störfaktor ist ganz offensichtlich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Er wirkt sich wesentlich auf den Planungshorizont der Agrarpolitik und die Rangfolge der Aufgaben aus. Weitere „innere“ Faktoren stehen mit einigen vor kurzem eingeführten gesellschaftlichen Neuerungen im Zusammenhang. Zu den wichtigsten gehören u.a.:

- Dezentralisierung – Übertragung wichtiger Zuständigkeiten und eines großen Teils von zentralen Haushaltsmitteln auf kommunale Selbstverwaltungsorgane, endgültige Neugliederung von territorialen Gemeinden;
- Aufhebung des Moratoriums über den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen. Die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an die Ukraine ist ein weiterer bedeutsamer Einflussfaktor für die Gestaltung und Umsetzung der ukrainischen Agrarpolitik. Sie setzt entsprechende Anpassungsbemühungen der Ukraine voraus und bietet zugleich die Möglichkeit, in eine neue und höhere zivilisatorische Phase der agrarpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklung einzusteigen.

Es liegt auf der Hand, dass den bestehenden Herausforderungen nur mit Änderungen in der Agrarpolitik entsprochen werden kann.

Diese Änderungen verlangen jedoch eine gut ausgewogene Einschätzung, u.a. mit Einbeziehung von erfolgreichen internationalen Erfahrungen und der Bereitstellung von Beratungshilfe in diesem Bereich, voraus, was auch das Hauptanliegen des Projekts Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD) ist.

Die Zielstellungen, Orientierungen und Ansätze im Bereich der Beratung sowie deren Zwischen- und Endziele ändern sich unter dem Einfluss von tiefgehenden und zahlreichen Veränderungen in der Gestaltung und Durchführung der Agrarpolitik in den letzten Jahrzehnten, der Neuaufstellung der dafür zuständigen Behörden, der Neuordnung von Zuständigkeitsbereichen verschiedener Behörden und kommunaler Selbstverwaltungsorgane, dem immer größer werdenden Gewicht von zivilgesellschaftlichen Strukturen, Berufs- und Fachverbänden sowie des sich aus dieser Entwicklung ergebenden Anpassungsbedarfs von Schulungsprogrammen und der zunehmenden Bedeutung der agrarpolitischen Beratung.

Dieses Papier stellt die Übersicht der Tätigkeit des Projekts „Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD) vor dem Hintergrund der ukrainischen Agrarpolitik und mit Blick auf die im Projekt realisierten Ansätze und Instrumente sowie deren Effizienz und Zeitgemäßheit dar. Zugleich wird versucht, Vorschläge für die weitere Entwicklung der Projektarbeit anzubieten.

# **1. KURZBESCHREIBUNG DES PROJEKTS „DEUTSCH-UKRAINISCHER AGRARPOLITISCHER DIALOG“ (APD)**

**Das übergeordnete Ziel des APD-Projekts** wurde wie folgt formuliert:

Das Projekt soll die Ukraine bei der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft, einer effektiven Verarbeitungsindustrie, bei der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der komplexen Entwicklung ländlicher Räume unterstützen.

## **Ziele des APD-Projekts:**

- Das gegenseitige Verständnis zwischen der politischen Führung sowie deutschen und ukrainischen Fachkräften und Führungsfachkräften in zentralen Fragen der Agrarpolitik wird gestärkt.
- Das vermittelte Know-how findet bei politischen Entscheidungen Anwendung.

In dieser Formulierung kommt der Gedanke zum Ausdruck, dass der APD keine Einbahnstraße für die Informations- und Wissensvermittlung ist, sondern sich als ein ständiger Dialog zwischen ukrainischen und deutschen Entscheidungsträgern, Fachleuten und der Leitungsebene des Agrarsektors versteht.

## **Erwartete/geplante Ergebnisse:**

1. Die Nutzung der Möglichkeiten für den Agrarhandel mit der EU nach dem Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine über die tiefgehende und umfassende Freihandelszone (DCFTA) hat sich verbessert.
2. In Kooperation mit dem operativen Partner des Projekts (dem Nationalen Verband der landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine) findet ein kontinuierlicher und umfassender Austausch über die Entwicklung ländlicher Räume einschließlich der dafür erforderlichen institutionellen Rahmenbedingungen, u.a. der Stärkung von Verwaltungskapazitäten in einzelnen territorialen Gemeinden, statt.
3. Politische Entscheidungsträger und Fachkräfte sowie Leitung des Agrarsektors in der Ukraine und in Deutschland nutzen den APD als Plattform für die Auseinandersetzung mit den wichtigsten fachlichen Fragen im Bereich der Landwirtschaft aus, um sich über den neuesten Stand der modernen und nachhaltigen agrarwirtschaftlichen Entwicklung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Dimension auf dem laufenden zu halten.

## **Zielgruppen des APD-Projekts**

Traditionsgemäß richtet sich der APD an zuständige Mitarbeiter des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine und die ihm nachgeordneten Behörden und Dienststellen auf nationaler und regionaler Ebene. An diese Grundausrichtung wird auch in der 6. Projektphase angeknüpft. Aus konzeptuellen Überlegungen wird sich das Projekt auch an Mitarbeiter weiterer Ministerien, Behörden und Verwaltungseinheiten sowie

Unternehmen und privatwirtschaftlicher Fachverbände wenden, die die Umsetzung der geplanten APD-Maßnahmen unmittelbar unterstützen können.

Im Einzelnen geht es um folgende Zielgruppen:

- *Für den Arbeitsbereich Agrarhandelspolitik:* zuständige Mitarbeiter des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung sowie des Wirtschaftsministeriums, des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Mitarbeiter der zuständigen staatlichen Dienststellen, Mitglieder der zivilgesellschaftlichen Vereine und der Fachverbände, die sich mit der Agrarhandelspolitik und mit den von APD formulierten Themen befassen.
- *Für den Arbeitsbereich ländliche Entwicklung:* zuständige Mitarbeiter des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung sowie des Ministeriums für Entwicklung von Gemeinden und Territorien der Ukraine auf der nationalen und regionalen Ebene, u.a. Vertreter von einzelnen staatlichen Oblastverwaltungen und Gemeinden, soweit sie sich an der Umsetzung der geplanten und aktuell laufenden Maßnahmen beteiligen.
- *Für die Allgemeine Dialogplattform:* Mitglieder des Agrarausschusses des ukrainischen Parlaments, Mitarbeiter des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung und ggf. weiterer Ministerien und Behörden der Ukraine nach ausgewählten Themen.

Abgesehen von diesen Zielgruppen auf der zentralen Ebene arbeitet der APD weiterhin mit weiteren zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zusammen. Das sind u.a. Klein- und mittelständische Unternehmen in ländlichen Räumen sowie weitere Akteure, die mit der Gestaltung der Agrarpolitik, dem Agrarhandel und der ländlichen Entwicklung in Bezug stehen.

Projektpartner

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
- Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine (MAPE)
- GFA Consulting Group GmbH
- Nationaler Verband landwirtschaftlicher Beratungsdienste der Ukraine.

Homepage des APD-Projekts: <https://apd-ukraine.de>.

Seite in Facebook: <https://www.facebook.com/APDUkraine>

E-mail: [info@apd-ukraine.de](mailto:info@apd-ukraine.de).

Tel.: +38 (066) 598-14-40.

## **2. AGRARPOLITISCHE BERATUNG: BEGRIFF, RECHT, PRAXIS**

### **2.1. Aktualität der politischen Agrarberatung**

Politische Beratung gehört zum Gegenstand der praktischen Tätigkeit<sup>1</sup>, aber auch der wissenschaftlichen Forschungen in verschiedenen Ländern<sup>2</sup> einschließlich postsowjetischer Staaten<sup>3</sup>.

In den USA beschäftigt sich die American Association of Political Consultants erfolgreich mit diesem Thema. Mit ihren 1 600 Mitgliedern bietet die AAPC hervorragende Kommunikationsmöglichkeiten, moderne und innovative Schulungsformate an<sup>4</sup> und bekennt sich fest zu den besten ethischen Standards.

Der European Association of Political Consultants<sup>5</sup> gehören auch Vertreter aus der Ukraine an<sup>6</sup>.

In der Ukraine sind auch einige Vereinigungen im Bereich der politischen Beratung zu finden, z.B. Berufsverband politischer Berater<sup>7</sup>, Ukrainische Vereinigung für politische Beratung<sup>8</sup>.

### **2.2. Begriff der politischen Beratung**

Es gibt mehrere Meinungen zu den wesentlichen Aufgaben und dem Inhalt der politischen Beratung.

Politische Beratung wird als ein berufliches Tätigkeitsfeld von Experten angesehen, die im Interesse der Politiker tätig werden und sie mit erforderlichen Informationen versorgen, auf politische Entscheidungsfindung und Strategie der politischen Aktivitäten zuarbeiten, um die abgesteckten Ziele zu erreichen<sup>9</sup>.

Politische Beratung, politisches Consulting ist ein Bereich, in dem Verfahren der PR- und Öffentlichkeitsarbeit Anwendung finden und eine professionelle Hilfestellung für Politiker zur Lösung bestimmter politischer Aufgaben angeboten wird<sup>10</sup>.

Politische Beratung wird als Bereitstellung von Leistungen für politische Akteure durch politische Berater definiert<sup>11</sup>.

---

<sup>1</sup><https://managementconsulted.com/political-consulting-firms/>

<sup>2</sup>[https://www.jstor.org/stable/j.ctv2n4w5r7.5#metadata\\_info\\_tab\\_contents](https://www.jstor.org/stable/j.ctv2n4w5r7.5#metadata_info_tab_contents)

<sup>3</sup>[https://www.academia.edu/3613642/Современное\\_политическое\\_консультирование\\_СПб\\_ИВЭСЭП\\_Знание\\_2007\\_220\\_c](https://www.academia.edu/3613642/Современное_политическое_консультирование_СПб_ИВЭСЭП_Знание_2007_220_c)

<sup>4</sup><https://theaacpc.org/>

<sup>5</sup><https://www.eapc.eu/>

<sup>6</sup><https://www.eapc.eu/become-a-member/current-members/ukraine/>

<sup>7</sup><https://www.appc.org.ua/>

<sup>8</sup><https://www.facebook.com/uapolitconsult/>

<sup>9</sup>[https://studies.in.ua/politichn\\_tehnologiyi/2721-prichini-viniknennya-ta-zavdannya-politichnogo-konsultuvannya.html](https://studies.in.ua/politichn_tehnologiyi/2721-prichini-viniknennya-ta-zavdannya-politichnogo-konsultuvannya.html)

<sup>10</sup>[https://uk.wikipedia.org/wiki/Політичне\\_консультування](https://uk.wikipedia.org/wiki/Політичне_консультування)

<sup>11</sup><https://studies.in.ua/polit-men-shpora/2620-model-ta-vidi-politichnogo-konsultuvannya.html>

Das Ergebnis der politischen Beratung ist eine Leistung, die in der Analyse von mehreren Handlungsoptionen in einer politischen Situation, der Identifizierung der am meisten sinnvollen und vorteilhaften Optionen sowie in der Erarbeitung der Strategie für weitere politische Aktivitäten usw. bestehen kann.

Politische Beratung hängt am häufigsten mit der Entwicklung der Strategien des politischen Handelns und der Imagepflege von Politikern sowie mit der Erarbeitung von möglichen Entscheidungsoptionen und der Festlegung von Methoden zusammen, die den Sieg im politischen Wettbewerb sichern können.

Aufgaben der politischen Beratung sind:

- 1) nähere Bestimmung von Problemen, mit denen der Kunde in seiner politischen Tätigkeit bzw. Interaktion mit der politischen Szene bzw. der Öffentlichkeit konfrontiert ist;
- 2) laufende Hilfestellung bei der Lösung von Problemsituationen;
- 3) Formulierung von Ratschlägen und Empfehlungen;
- 4) Zusammenschnüren eines Pakets von den am häufigsten vorkommenden und signifikanten Problemen.

Es gibt einige Modelle der politischen Beratung:

1. *Einmalberatung* findet bei kleineren Problemen statt, die keinen wesentlichen Einfluss auf die Tätigkeit einer politischen Organisation, eines politischen Meinungsführers oder sonstiger politischer Akteure bewirken.
2. *Langfristige Beratung* findet auf der Grundlage eines Vertrags statt, der für 2 bis 3 Jahre abgeschlossen wird. In diesem Fall wird das Programm der Beratung über das jeweilige Problem erstellt und der Kunde innerhalb der Laufzeit dieses Programms beraten.
3. Bei *Gruppenberatung* werden mehrere Ratsuchende einer Organisation in einem Beratungsvorgang beraten.
4. *Individuelle Beratung* setzt sich zum Ziel, einem konkreten Kunden Techniken und Methoden der politischen Tätigkeit beizubringen.

Nach der Arbeitsintensität wird zwischen folgenden Beratungsarten unterschieden:

1. *Informative Beratung*, die Auskünfte für Politiker über die sie interessierenden Fragen bietet;
2. *Forschungsarbeit*, die mit der Entwicklung von Strategien, Entscheidungsoptionen und Lösungsansätzen verbunden ist;

Politische Beratungsdienstleistungen werden in *interne und externe* eingeteilt.

*Nach außen gerichtete Dienstleistungen* hängen mit politischen Prognosen und Vorausschau, Einschätzung der politischen Situation, Aufdeckung von Entwicklungsoptionen usw. zusammen.



*Nach innen gerichtete Dienstleistungen* bestehen in der Hilfestellung bei der Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen, politischen Imagepflege bzw. Entwicklung der Strategien des politischen Handelns usw.

Die Beratung bezüglich der Außenfaktoren ist auf die Chancenbewertung und Analyse der gegebenen politischen Situation sowie der politischen Kräftekonstellation ausgerichtet. Die Beratung bezüglich der inneren Faktoren konzentriert sich auf der Erarbeitung von Empfehlungen zur deren Änderung.

### **2.3. Rechtliche Aspekte der agrarpolitischen Beratung in der Ukraine**

Ukrainische Staatsbürger haben das Recht, an der Verwaltung von staatlichen Angelegenheiten, all-ukrainischen und örtlichen Volksabstimmungen teilzunehmen, frei zu wählen und in die Organe der Staatsgewalt und die Organe der örtlichen Selbstverwaltung gewählt zu werden.

Dies ist in Art. 38 der Verfassung der Ukraine festgeschrieben<sup>12</sup>. Das grundlegende rechtliche Dokument, mit dem die politische Beratung als eine dem Bereich der PR- und Öffentlichkeitsarbeit zugeordnete Tätigkeit geregelt wird, ist die Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 996 vom 03.11.2010 „Über die Mitwirkung der Öffentlichkeit an der Gestaltung und Umsetzung der Staatspolitik“<sup>13</sup>, mit der:

- das Verfahren der öffentlichen Konsultationen zu Fragen der Gestaltung und der Umsetzung der Staatspolitik;
- eine Rahmensatzung der Öffentlichkeitsräte bei Ministerien, sonstigen zentralen Exekutivbehörden, dem Ministerrat der Autonomen Republik Krim, den Oblast-, Kreis-, Stadtverwaltungen Kiew und Sevastopol und Stadtbezirksverwaltungen Kiew und Sevastopol

beschlossen wurden.

*Vorbehalt:* auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine wurden für die Dauer des Kriegszustands einige Beschränkungen für Bildung und Tätigkeit von Öffentlichkeitsräten eingeführt.

*Im Verfahren der öffentlichen Konsultationen zu Fragen der Gestaltung und Umsetzung der Staatspolitik* sind die wichtigsten Anforderungen an die Gestaltung und Durchführung derartiger Konsultationen geregelt.

Die öffentlichen Konsultationen werden über gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Staats, Wahrnehmung und Schutz von Rechten und Freiheiten der Bürger und Befriedigung ihrer politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und sonstigen Interessen durchgeführt.

---

<sup>12</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/254%D0%BA/96-%D0%B2%D1%80#Text>

<sup>13</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/996-2010-%D0%BF#Text>

Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultationen müssen von der jeweiligen Exekutivbehörde bei Erlass einer endgültigen Entscheidung und in der weiteren Arbeit mitberücksichtigt werden.

Öffentliche Konsultationen werden von der zuständigen federführenden Exekutivbehörde veranstaltet und durchgeführt, die die jeweilige normative Rechtsakte erarbeitet oder Vorschläge zur Änderung der Staatspolitik im jeweiligen staatlichen oder gesellschaftlichen Bereich vorbereitet hat.

Informationen über die Veranstaltung und Durchführung von öffentlichen Konsultationen werden in einer speziell dafür eingerichteten Rubrik „Öffentliche Konsultationen“ auf der amtlichen Webseite der betreffenden Exekutivbehörde veröffentlicht.

Exekutivbehörden stellen jährlich einen ***Planentwurf der öffentlichen Konsultationen*** mit Berücksichtigung der wichtigsten Aufgaben zusammen, die im Programm der Tätigkeit des Ministerkabinetts der Ukraine, dem Staatsprogramm zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine, dem Plan der Vorbereitung von Gesetzentwürfen und anderen Dokumenten festgelegt sind.

Die Durchführung der öffentlichen Konsultationen zu den Fragen, die im Planentwurf nicht enthalten sind, kann von zivilgesellschaftlichen Institutionen durch Einreichung von Vorschlägen bei Öffentlichkeitsräten oder direkt bei der jeweiligen Exekutivbehörde angeregt werden.

Die Durchführung der öffentlichen Konsultationen, die im Planentwurf nicht enthalten sind, kann auch von Öffentlichkeitsräten angeregt werden.

Öffentliche Konsultationen werden in Form einer öffentlichen Anhörung, Online-Konsultation (direkte Form) und Meinungsforschung (indirekte Form) durchgeführt.

Öffentliche Konsultationen in Form einer öffentlichen Anhörung und/oder Online-Konsultation sind verbindlich, wenn es um Entwürfe von normativen Rechtsakten handelt, die:

- verfassungsmäßige Rechte, Freiheiten und Pflichten der Bürger betreffen;
- existenzielle Interessen der Bürger betreffen, u.a. die Umwelt beeinflussen;
- regulatorische Aktivitäten in einem gewissen Bereich zum Ziel haben;
- strategische Ziele, Prioritäten und Aufgaben im jeweiligen Bereich der staatlichen Verwaltung (einschließlich staatlicher und regionaler Programmentwürfe der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung, Beschlüsse über ihre Erfüllung) festlegen;
- Interessen territorialer Gemeinden und die Wahrnehmung der auf örtliche Exekutivbehörden durch entsprechende Räte übertragenen Befugnisse der kommunalen Selbstverwaltung betreffen;
- die Vorgehensweise bei der Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen regeln;

- sich auf den rechtlichen Status, die Finanzierung und die Tätigkeit von Bürgervereinen beziehen;
- Vergünstigungen oder Einschränkungen für Wirtschaftsakteure und zivilgesellschaftliche Institutionen einführen;
- juristischen Personen und den ihnen zugewiesenen Objekten des Eigentumsrechts, Objekten des Eigentumsrechts, die natürlichen Personen gehören, Namen (Pseudonyme) von natürlichen Personen, Jahrestags- und Feiertagen, Bezeichnungen und Daten historischer Ereignisse verleihen;
- sich auf Haushaltsausgaben beziehen (Berichte der Hauptverwalter von Haushaltsmitteln für das letzte Jahr) beziehen.

Um die Durchführung von öffentlichen Konsultationen organisatorisch zu sichern, können von entsprechenden Exekutivbehörden *Arbeitsgruppen* eingerichtet werden.

Eine Exekutivbehörde kann Verträge mit *Forschungseinrichtungen, Fachkräften und Experten*, zivilgesellschaftlichen Institutionen für fachspezifische, wissenschaftliche und soziologische Forschungen, Beobachtungen, Express-Analysen von Vorschläge und Initiativen unterschiedlicher sozialer Bevölkerungsschichten und Interessierter im offenen Ausschreibungsverfahren und auf dem gesetzlichen Weg abschließen, um Meinungsforschungen durchzuführen und objektive, glaubwürdige Informationen einzuholen.

**Öffentlichkeitsräte** bei Ministerien, sonstigen zentralen Exekutivbehörden, dem Ministerrat der Autonomen Republik Krim, den staatlichen Oblast- und Kreisverwaltungen, den Stadtverwaltungen Kiew und Sevastopol, Stadtbezirksverwaltungen Kiew und Sevastopol funktionieren als *zeitweilige Beiräte*, die der Einbindung der Öffentlichkeit in die Gestaltung und Umsetzung der staatlichen bzw. der regionalen Politik dienen.

Die Hauptaufgaben der Öffentlichkeitsräte sind:

- die Wahrnehmung durch Bürger ihres Verfassungsrechts auf Mitsprache in staatlichen Angelegenheiten zu fördern;
- zur Berücksichtigung durch Exekutivbehörden der öffentlichen Meinung bei der Gestaltung und Umsetzung der staatlichen bzw. regionalen Politik beizutragen;
- Vertreter der interessierten Seiten in öffentliche Konsultationen und öffentliche Kontrolle von Ergebnissen der Gestaltung und Umsetzung der staatlichen bzw. regionalen Politik stärker einzubeziehen;
- öffentliche Kontrolle der Tätigkeiten jeweiliger Exekutivbehörden mit Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durchzuführen;
- *Expertenvorschläge, Feststellungen, Analysen* zu Fragen der Gestaltung und Umsetzung der staatlichen bzw. regionalen Politik *vorzubereiten*.

In einen Öffentlichkeitsrat können Vertreter von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, religiösen und karitativen Organisationen, Künstler- und Berufsverbänden und deren

Zusammenschlüssen, Assoziationen, Arbeitgeberverbänden und deren Zusammenschlüssen, Medien gewählt werden, die ordnungsgemäß registriert sind.

Das Gesetz der Ukraine „Über die staatlichen Zielprogramme“<sup>14</sup> legt folgende Phasen der Entwicklung und Umsetzung der staatlichen Zielprogramme fest: Initiierung der Erarbeitung eines staatlichen Zielprogramms; **öffentliche Besprechung eines Programmentwurfs**. Das Ministerkabinett der Ukraine, zentrale Exekutivbehörden, Aufklärungsdienste der Ukraine, die Nationalbank der Ukraine, die Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine, die Werchowna Rada der Autonomen Republik Krim, Oblasräte, Stadträte Kiew und Sevastopol, der Ministerrat der Autonomen Republik Krim, staatliche Oblastverwaltungen, staatliche Stadtverwaltungen Kiew und Sevastopol **können** die Erarbeitung eines staatlichen Zielprogramms **anregen**, einen Programmentwurf erarbeiten und eine *öffentliche Besprechung dieses Programmentwurfs durchführen*. Der Entwurf eines Programmkonzepts wird für Zwecke der öffentlichen Besprechung in offiziellen Massenmedien veröffentlicht.

Nicht klar bleibt jedoch, warum **nur der Entwurf des Programmkonzepts und nicht der Programmentwurf selbst** öffentlich diskutiert werden kann.

Das gilt auch für die Frage, warum, *wenn man dem Buchstaben des Gesetzes folgt*, eine solche **Besprechung nicht verbindlich ist**.

Die Ukraine ist gemäß der Verfassung eine Republik<sup>15</sup>. **Die Werchowna Rada der Ukraine ist ein wichtiger Subjekt und Objekt der politischen Beratung.**

Mit dem Gesetz der Ukraine „Über die Ausschüsse der Werchowna Rada der Ukraine“<sup>16</sup> wurden folgende Regelungen für Beratung vorgesehen:

- Ausschüsse führen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Abstimmung und *Konsultationen* über die Bestellung und die Entlassung der Leiter von Behörden, die in ihrer Zuständigkeit liegen, sowie weitere gesetzliche vorgesehene Abstimmungen und *Konsultationen* durch. Das Verfahren der Abstimmungen und Konsultationen wird in einem gemeinsamen Beschluss des Ausschusses und der betreffenden Behörde festgelegt.
- Zur Prüfung von Fragen, für die der jeweilige parlamentarische Ausschuss zuständig ist, können Verfasser und Initiatoren der zur Prüfung vorgelegten Gesetzesentwürfe, *Wissenschaftler, Berater und Experten, Fachleute aus der Praxis und weitere Personen* zur Sitzung dieses Ausschusses eingeladen werden.
- Sekretariate der parlamentarischen Ausschüsse sorgen für *Organisations- und Informationsbegleitung sowie beratende, rechtliche und methodische Unterstützung der Tätigkeit von Ausschüssen*, Organisation von Sitzungen, Anhörungen, Begleitung

---

<sup>14</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1621-15#Text>

<sup>15</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/254%D0%BA/96-%D0%B2%D1%80#Text>

<sup>16</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/116/95-%E2%F0#Text>

der Tätigkeiten der Unterausschüsse und der Mitglieder der Ausschüsse in Feldern, die im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Ausschusses liegen.

Der Ausschuss der Werchowna Rada der Ukraine für Agrar- und Bodenpolitik<sup>17</sup> gehört zu den Schlüsselakteuren der Agrarpolitik.

Bei der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und Beschlussvorlagen können die Ausschüsse der Werchowna Rada der Ukraine auf verschiedene Formen des Zusammenwirkens mit Stakeholdern zurückgreifen, um die öffentliche Meinung zu erforschen und gut ausgewogene Entscheidungen zu treffen. Das Institut der nicht festangestellten (externen) Berater<sup>18</sup>, deren Tätigkeit durch die Ordnung über nicht fest angestellte Berater der Ausschüsse der Werchowna Rada der Ukraine, der Abgeordnetenfraktionen oder –gruppen und der Abteilung für laufende Geschäfte der Werchowna Rada geregelt ist<sup>19</sup>, stellt eine Form der Einbindung von Experten in die gesetzgeberischen Aktivitäten dar, was von der Öffentlichkeit jedoch oft wenig beachtet wird.

Externe Berater können an der Entwicklung von Gesetzesentwürfen teilnehmen, fachliche Begutachtung von Gesetzesentwürfen durchführen und Vorschläge vorbereiten, Unstimmigkeiten in den Gesetzesakten aufdecken und Vorschläge zur deren Beseitigung einbringen, sich an der Evaluierung der praktischen Anwendung von Gesetzesakten, dem Monitoring und der Analyse ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen beteiligen sowie wissenschaftliche und praktische Erkenntnisse in Fragen der nationalen und internationalen Gesetzgebung erforschen<sup>20</sup>.

Das Gesetz der Ukraine „Über den Status der Volksabgeordneten der Ukraine“<sup>21</sup> legt fest, dass Angestellte im staatlichen Dienst, Amtspersonen kommunaler Selbstverwaltungsorgane, staatlicher Unternehmen, Einrichtungen und Organisationen auf Verlangen eines Volksabgeordneten verpflichtet sind, ihn/sie mit *Konsultationen durch geeignete Fachleute* zu versorgen und die dafür erforderlichen Informationen und Unterlagen unverzüglich, falls dies jedoch nicht möglich sein sollte, spätestens in 5 Tagen, zur Verfügung zu stellen.

Volksabgeordnete können bis zu 31 Assistenten/Berater haben, deren rechtlicher Status und Arbeitsbedingungen durch dieses Gesetz und weitere Gesetze sowie die nach ihrer Maßgabe beschlossene und von der Werchowna Rada gebilligte Ordnung über Assistenten/Berater der Volksabgeordneten<sup>22</sup> geregelt werden. Ein Assistent/Berater eines Volksabgeordneten der Ukraine kann auf der Basis eines befristeten Arbeitsvertrags (auf ständiger Basis), in Teilzeit *oder ehrenamtlich* beschäftigt werden, *was die*

---

<sup>17</sup><https://komagropolit.rada.gov.ua/>

<sup>18</sup><https://www.oporaua.org/article/parliament/23059-pozashtatni-konsultanti-komitetiv-khto-voni>

<sup>19</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/701/03-%D1%80%D0%B3#Text>

<sup>20</sup><https://www.oporaua.org/article/parliament/23059-pozashtatni-konsultanti-komitetiv-khto-voni>

<sup>21</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2790-12#Text>

<sup>22</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/379/95-%D0%B2%D1%80/sp:max50:nav7:font2#Text>

*Kooperation mit Projekten der internationalen technischen Hilfe mit Volksabgeordneten der Ukraine möglich macht.*

Dezentralisierungsprozesse in der staatlichen Verwaltung haben die Stellung der kommunalen Selbstverwaltungsorgane (KSVO) gestärkt. **Verantwortliche und stichhaltige Entscheidungen der KSVO sind oft einer richtig organisierten Beratung zu verdanken.**

Im Gesetz „Über die kommunale Selbstverwaltung in der Ukraine“<sup>23</sup> ist für den Bereich Beratung Folgendes vorgesehen:

- Möglichkeit für örtliche Räte einen Assistenten/Berater zu bestellen.
- Möglichkeit diverse Formen der öffentlichen Besprechung (öffentliche Anhörungen, Bürgerversammlungen, sonstige Formen der öffentlichen Konsultationen) zu nutzen.
- Beratung für KSVO-Amtspersonen.
- Veranstaltung von konsultativen Befragungen.
- Beteiligung von Fachleuten und Experten an provisorischen Kontrollausschüssen.
- Durchführung von lokalen Referenden.
- Mitgliedern einer territorialen Gemeinde wird das Recht eingeräumt, die Prüfung kommunaler Angelegenheiten jeder Art durch den Rat auf dem Weg einer lokalen Initiative anzuregen.

Um die Effizienz der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zum Schutz von kommunalen Rechten und Interessen zu steigern, können sich Gemeinden zu Assoziationen von kommunalen Selbstverwaltungsorganen und deren freiwilligen Vereinigungen zusammenschließen. In der Satzung über die Assoziation territorialer Gemeinden<sup>24</sup> sind mehrere konsultative Maßnahmen vorgesehen, die von der Assoziation im Interesse ihrer Mitglieder realisiert werden können<sup>25</sup>. Vergleichbare Bestimmungen sind auch in der Satzung über die Nationale Assoziation der Gemeinden<sup>26</sup> enthalten.

Es ist offensichtlich, dass politische Parteien ein Teil des Prozesses der politischen Beratung sind, denn eine politische Partei ist laut Gesetz eine registrierte freiwillige Bürgervereinigung, der Anhänger eines bestimmten nationalen Programms der gesellschaftlichen Entwicklung angehören und die sich *die Förderung und Entwicklung der politischen Willensbildung der Bevölkerung* zum Ziel setzt sowie an Wahlen und weiteren politischen Aktivitäten teilnimmt<sup>27</sup>.

---

<sup>23</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/280/97-%D0%B2%D1%80#Text>

<sup>24</sup><https://hromady.org/>

<sup>25</sup><https://hromady.org/wp-content/uploads/2021/09/%D0%9D%D0%9E%D0%92%D0%90-%D0%A0%D0%95%D0%94%D0%90%D0%9A%D0%A6%D0%AF-%D0%A1%D0%A2%D0%90%D0%A2%D0%A3%D0%A2%D0%A3-07.07-1.pdf>

<sup>26</sup><https://drive.google.com/file/d/1QuvDnAR5cUvrnp-60B3TSG4VXf9YawSt/view>

<sup>27</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2365-14#Text>

In der aktiven Entwicklungsphase des Markts von landwirtschaftlichen Flächen gewinnt die Beratung in diesem Bereich eine zunehmende Bedeutung.

In Art. 190 des Landgesetzbuchs der Ukraine (**Öffentliche Kontrolle der Landnutzung und des Bodenschutzes**)<sup>28</sup> heißt es, dass öffentliche Kontrolle der Landnutzung und des Bodenschutzes von öffentlichen Inspektoren wahrgenommen wird, die von jeweiligen kommunalen Selbstverwaltungsorganen benannt werden und auf der Grundlage einer Ordnung handeln, die von einer zentralen Exekutivbehörde für Bodenressourcen beschlossen wird. Doch eine entsprechende Ordnung liegt bis heute nicht vor, daher gibt es auch keine öffentlichen Inspektoren<sup>29</sup>.

Die öffentliche Kontrolle der Landnutzung und des Bodenschutzes kann momentan im Rahmen der öffentlichen Kontrolle im Bereich des Umweltschutzes realisiert werden. Die rechtlichen Grundlagen dieser Kontrolle sind im Gesetz der Ukraine „Über den Umwelt- und Naturschutz“<sup>30</sup> und der Anordnung des Ministeriums für Umweltschutz und natürliche Ressourcen der Ukraine Nr. 88 vom 27.02.2002 „Über die Bestätigung der Ordnung über öffentliche Inspektoren für Umweltschutz“ geregelt<sup>31</sup>.

Öffentlichen Inspektoren wird das Recht eingeräumt, öffentliche Kontrolle der Einhaltung u.a. auch der Bodengesetze auszuüben, jedoch mit dem Vorbehalt, dass dies gemeinsam mit Mitarbeitern des Ministeriums für Umweltschutz und natürliche Ressourcen oder Behörden, die für die Kontrolle über den Schutz, die sinnvolle Nutzung und die Wiederherstellung natürlicher Ressourcen zuständig sind, sowie anderen Exekutivbehörden und kommunalen Selbstverwaltungsorganen<sup>32</sup> stattfindet.

## 2.4. Praxis der agrarpolitischen Beratung in der Ukraine

Umfassende Forschungen zur agrarpolitischen Beratung in der Ukraine liegen dem Autor nicht vor. Die Beratung im Agrarsektor wird in der Regel als fachliche Beratung für Vertreter der Agrarwirtschaft angesehen.

<sup>28</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2768-14#Text>

<sup>29</sup><http://megoinfo.gov.ua/info/%D0%BC%D0%B0%D1%82%D0%B5%D1%80%D1%96%D0%B0%D0%BB/%D1%81%D1%82%D0%B0%D1%82%D1%82%D1%8F-190-%D0%B3%D1%80%D0%BE%D0%BC%D0%B0%D0%B4%D1%81%D1%8C%D0%BA%D0%B8%D0%B9-%D0%BA%D0%BE%D0%BD%D1%82%D1%80%D0%BE%D0%BB%D1%8C-%D0%B7%D0%B0-%D0%B2%D0%B8%D0%BA%D0%BE%D1%80%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD%D0%BD%D1%8F%D0%BC-%D1%82%D0%B0-%D0%BE%D1%85%D0%BE%D1%80%D0%BE%D0%BD%D0%BE%D1%8E-%D0%B7%D0%B5%D0%BC%D0%B5%D0%BB%D1%8C>

<sup>30</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1264-12#Text>

<sup>31</sup><http://megoinfo.gov.ua/info/%D0%BC%D0%B0%D1%82%D0%B5%D1%80%D1%96%D0%B0%D0%BB/%D1%81%D1%82%D0%B0%D1%82%D1%82%D1%8F-190-%D0%B3%D1%80%D0%BE%D0%BC%D0%B0%D0%B4%D1%81%D1%8C%D0%BA%D0%B8%D0%B9-%D0%BA%D0%BE%D0%BD%D1%82%D1%80%D0%BE%D0%BB%D1%8C-%D0%B7%D0%B0-%D0%B2%D0%B8%D0%BA%D0%BE%D1%80%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD%D0%BD%D1%8F%D0%BC-%D1%82%D0%B0-%D0%BE%D1%85%D0%BE%D1%80%D0%BE%D0%BD%D0%BE%D1%8E-%D0%B7%D0%B5%D0%BC%D0%B5%D0%BB%D1%8C> <https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/z0276-02#Text>

<sup>32</sup><http://megoinfo.gov.ua/info/%D0%BC%D0%B0%D1%82%D0%B5%D1%80%D1%96%D0%B0%D0%BB/%D1%81%D1%82%D0%B0%D1%82%D1%82%D1%8F-190-%D0%B3%D1%80%D0%BE%D0%BC%D0%B0%D0%B4%D1%81%D1%8C%D0%BA%D0%B8%D0%B9-%D0%BA%D0%BE%D0%BD%D1%82%D1%80%D0%BE%D0%BB%D1%8C-%D0%B7%D0%B0-%D0%B2%D0%B8%D0%BA%D0%BE%D1%80%D0%B8%D1%81%D1%82%D0%B0%D0%BD%D0%BD%D1%8F%D0%BC-%D1%82%D0%B0-%D0%BE%D1%85%D0%BE%D1%80%D0%BE%D0%BD%D0%BE%D1%8E-%D0%B7%D0%B5%D0%BC%D0%B5%D0%BB%D1%8C>

Die Praxis der agrarpolitischen Beratung in der Ukraine ist ein Teil des Prozesses der politischen Beratung.

Die agrarpolitische Beratung richtet sich jedoch an einen breiteren Kreis von Kunden und darüberhinaus an:

- Projekte und Programme der internationalen technischen Hilfe;
- spezielle Beiräte bei verschiedenen Behörden (die oft mit Unterstützung der Projekte der internationalen technischen Hilfe eingerichtet werden).

Hier seien einige Beispiele spezieller Beiräte bei Regierungsbehörden genannt: Konsultativer Rat für kommunale Selbstverwaltung der Werchowna Rada der Ukraine<sup>33</sup>, Kommission für Agrarpolitik beim Präsidenten der Ukraine<sup>34</sup>, Büro für Reformen beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine<sup>35</sup>, Ressortübergreifender Koordinierungsrat für ländliche Entwicklung beim Ministerkabinett der Ukraine<sup>36</sup>, Arbeitsgruppe für ländliche Entwicklung beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine<sup>37</sup>, Arbeitsgruppe für Entwicklung der Bienenzucht<sup>38</sup>, Wissenschaftlicher Expertenrat beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung<sup>39</sup>.

In einigen Fällen setzen sich spezielle Beiräte nur aus Vertretern der Behörden zusammen, können jedoch bei der Wahrnehmung der ihnen aufgetragenen Aufgaben Arbeitsgruppen bilden, an denen Amtspersonen der kommunalen Selbstverwaltungsorgane, Vertreter der Öffentlichkeit, Wissenschaftler und Fachleute beteiligt werden können<sup>40</sup>.

- Forschungs- und Bildungsorganisationen und -einrichtungen mit dem von ihnen erarbeiteten Besitzstand an politischen Empfehlungen;
- Zwischenstaatliche Regierungskommissionen<sup>41</sup>, internationale Gruppen, Komitees.

Aus eigener Erfahrung des Autors kann behauptet werden, dass *Öffentlichkeitsräte beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung*<sup>42</sup> nicht als ein funktionierendes Gremium der politischen Beratung, sondern eher als Formalie zu beurteilen ist. Das ist in erster Linie auf die mangelhafte rechtliche Regelung des Verfahrens der Gründung derartiger Räte zurückzuführen.

---

<sup>33</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/246/09-%D1%80%D0%B3#Text>

<sup>34</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/182/99#Text>

<sup>35</sup><https://minagro.gov.ua/npa/nakaz-minagropolitiki-pro-utvorennya-ofisu-pidtrimki-reform-pri-ministerstvi-agrarnoi-politiki-ta-prodovolstva-ukraini-zmineno?nid=21848>

<sup>36</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1124-2008-%D0%BF#Text>

<sup>37</sup><https://minagro.gov.ua/npa/nakaz-minagropolitiki-pro-utvorennya-robochoi-grupi-z-opratsyuvannya-proektiv-rozvitku-silskikh-teritoriy>

<sup>38</sup><https://minagro.gov.ua/news/vidbulosya-cherhove-zasidannya-robochoyi-grupi-z-pitan-rozvitku-bdzhilnictva>

<sup>39</sup><https://zakon.rada.gov.ua/rada/show/v0270730-12/sp:max50:nav7;font2#Text>

<sup>40</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/246/09-%D1%80%D0%B3#Text>

<sup>41</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/503-2020-%D0%BF/sp:max50:nav7;font2#n13>

<sup>42</sup><https://minagro.gov.ua/tag/gromadska-rada>



Das wohl *erfolgreichste Projekt der agrarpolitischen Beratung war die Kommission für Agrarpolitik beim Präsidenten der Ukraine*. Ihr Erfolg lässt sich durch mehrere Faktoren erklären:

- die Agrarpolitik steckte damals noch in der Anfangsphase, so dass die Nachfrage der Politiker und Staatsbeamten nach Dienstleistungen der agrarpolitischen Beratung dementsprechend hoch war;
- der Einfluss von Agrarholdinggesellschaften hat noch nicht so großes Ausmaß erreicht, und Politiker sowie Beamte waren bereit, verschiedene politische Optionen in Erwägung zu ziehen;
- die Kommission war weitgehend vom politischen Einfluss unabhängig;
- ein hoher Status der Kommission ermöglichte den Zugang zu Informationen aus erster Hand und Kontakte mit Personen, die die Agrarpolitik prägten oder sie maßgeblich mitgestalteten;
- dank dem hohen Status der Kommission war die Prüfung der Expertenratschläge durch Behörden so gut wie Pflicht;
- eine gute Finanzierung der Arbeit des Sekretariats der Kommission vor allem durch internationale Organisationen hat es möglich gemacht, beste nationale und internationale Experten zu gewinnen, wodurch der Einfluss von Politikern und Beamten, aber auch internationalen Organisation, auf die Auswahl des Personals auf ein Mindestmaß reduziert wurde;
- ein hoher Status der Kommission machte sie für verschiedene Organisationen, einschließlich internationale, attraktiv. Demzufolge entwickelte sie sich zu einer wohl zentralen Plattform für Fachdiskussionen über verschiedene Aspekte der Agrarpolitik.

Andere Expertenberatungsgremien im Bereich der Agrarpolitik hatten und haben keinen wesentlichen Einfluss auf ihr Wesen und Qualität.

*Projekte und Programme der Agentur für internationale technische Hilfe* haben sich in den letzten Jahren aus eigener Initiative der agrarpolitischen Beratung praktisch entzogen, obwohl sie sich per excellence damit beschäftigen sollten, oder sich auf der Lösung anderer zweitrangiger Fragen konzentriert.

Mit dem zunehmenden Einfluss der Agrarholdinggesellschaften auf die Agrarpolitik wurden Empfehlungen der *staatlichen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen* von Behörden kaum beachtet. Ihre Qualität war zudem nicht immer hoch, denn sie waren eher auf die Begründung offizieller Positionen als auf die Suche nach Wahrheit ausgerichtet.

Es ist offensichtlich, dass *politische Parteien auch als Teil des Systems der agrarpolitischen Beratung zu betrachten sind*. Doch aus den Texten und Grundsatz- sowie Wahlprogrammen der meisten politischen Parteien und Bündnisse, einschließlich

regierender Parteien<sup>43</sup>, lässt sich eine ganzheitliche Vorstellung über die agrarwirtschaftliche Entwicklung, strategische Prioritäten und den zeitlichen Rahmen ihrer Umsetzung kaum gewinnen<sup>44</sup>. Und Parteien, die sich selbst Agrarparteien nennen<sup>45</sup>, bleiben mehrere Jahre lang an der Peripherie der meisten agrarpolitischen Abläufe.

*Klientelismus* ist ein weiteres prägendes Merkmal der agrarpolitischen Beratungsszene. Einige „Experten“ im Bereich der Agrarpolitik haben diesen Ruf nicht ihrem Sachverstand, sondern der Zugehörigkeit zu einer politischen Kraft oder privatwirtschaftlichen Interessengruppe zu verdanken.

*Beratungsdienste* können auch als Teil der agrarpolitischen Beratung angesehen werden, denn im *Gesetz der Ukraine „Über die Beratungstätigkeit im Bereich der Landwirtschaft“* wurde die Erbringung von Beratungsdienstleistungen für Exekutivbehörden und kommunale Selbstverwaltungsorgane bei der Vorbereitung und Umsetzung von sozialen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Entwicklungsplänen als eine der zentralen Aufgaben der Beratungstätigkeit eingestuft<sup>46</sup>. Der besondere Wert eines etablierten Beratungswesens besteht darin, dass es als Drehscheibe zwischen Politikern und ihren Adressaten fungiert.

*Die Entwicklung der agrarpolitischen Beratung in der Ukraine wird in entscheidendem Maß* dadurch geprägt, dass *die ukrainische Agrarpolitik weitgehend unbestimmt bleibt*, und die staatliche Strategie der Agrarpolitik fehlt. In dieser Situation werden agrarpolitische Berater in der Regel vorwiegend dazu benutzt, politische Entscheidungen im Interesse von agrarwirtschaftlichen Großunternehmen und Holdinggesellschaften zu begründen. Die agrarpolitische Beratung, die sich für Interessen der Allgemeinheit einsetzt, bleibt eine unbezahlte Nachfrage, u.a. wegen finanzieller Schwäche von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen, und somit für die meisten Berater nicht attraktiv, denn es handelt sich dabei eher um zivilgesellschaftliches Engagement als Berufstätigkeit.

*In der Ukraine gibt es praktisch keinen unabhängigen Wettbewerbsmarkt für agrarpolitische Beratung auf systemischer Grundlage als eine Berufstätigkeit.*

## **2.5. Agrarpolitische Beratung im Ausland**

Von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird empfohlen, Bürger in alle politischen Abläufe des Landes noch stärker einzubinden. Es kann sich dabei um Öffentlichkeitsräte bei Regierungsbehörden aber auch um weitreichendere Initiativen wie Bürgerversammlungen oder kommunale Zusammenschlüsse handeln. Dies kann zur besseren Interessenvertretung der Bürger beitragen und das Vertrauen in die politische Führung stärken<sup>47</sup>.

---

<sup>43</sup><https://www.unian.ua/politics/66673-partiji-uchasniki-vivoriv-nesut-pro-agrarni-pitannya-abischo.html>

<sup>44</sup><https://sluga-narodu.com/program/>

<sup>45</sup><https://www.chesno.org/post/4043/>

<sup>46</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1807-15#Text>

<sup>47</sup><https://prosvita.nazk.gov.ua/blog/gromadski-rady-dlya-chogo-potribni-ta-yak-pratsyuyut-v-ukrayini>

Die OECD hat 12 Beratungsmodelle definiert, die nach 4 Zielgruppen geordnet sind:

1. informationsbasierte Empfehlungen für Bürger in Fragen der Politik;
2. Meinung der Bürger über Politik;
3. informationsbasierte öffentliche Einschätzung von Abstimmungsergebnissen;
4. ständige Beratungsmodelle<sup>48</sup>.

Auf der Grundlage der erhobenen Beweise und in Kooperation mit internationalen Praktikern aus der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft hat die OECD Grundsätze formuliert, von denen sich Politiker bei der Einführung dieser Prozesse leiten lassen können<sup>49</sup>.

Umfassende politische Konsultationen über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sind eine übliche Praxis in der EU<sup>50</sup>. Das Ziel besteht darin, vorliegende Daten zur Effizienz der GAP zusammenzufassen, Lehren aus der Umsetzung der jüngsten Reformen zu ziehen, einen strukturierten Dialog zu gestalten, aktuelle Herausforderungen zu identifizieren und den Bedarf nach der Modernisierung und Erleichterung der GAP zu ermitteln<sup>51</sup>. Derartige Konsultationen dauern lange Zeit<sup>52</sup> und sind öffentlich zugänglich<sup>53</sup>. Öffentlich zugänglich sind auch Ergebnisse dieser Konsultationen<sup>54</sup>.

Öffentliche Konsultationen zur nationalen Agrarpolitik in den EU-Ländern. Beispiel Malta: „Die Agrarpolitik für Maltesische Inseln 2018-2028 soll klare Schwerpunkte für alle interessierten Seiten setzen, angefangen von staatlichen Einrichtungen, die für Zertifizierung, Erteilung von Genehmigungen und Entscheidungen zuständig sind, und bis hin zu privaten Organisationen als unmittelbaren Akteuren der agrarwirtschaftlichen Entwicklung, die in ihre Unternehmen investieren wollen oder deren Diversifizierung anstreben“. Als Hauptziel dieser Agrarpolitik wurde die „Entwicklungsvision“ des Agrarsektors von Malta definiert, auf die sich staatliche Einrichtungen, Vertreter des privaten Sektors und Landwirte geeinigt haben.<sup>55</sup>

In den Ländern des alten Europas wurden Instrumente der politischen Konsultationen viele Jahre lang kontinuierlich verbessert. Zu solchen Instrumenten zählen u.a. landwirtschaftliche Kammern, deren Mitglieder in der Regel Eigentümer von land- und

---

<sup>48</sup><https://www.oecd-ilibrary.org/sites/339306da-en/index.html?itemId=/content/publication/339306da-en>

<sup>49</sup><https://www.oecd-ilibrary.org/sites/339306da-en/index.html?itemId=/content/publication/339306da-en>

<sup>50</sup><http://trading.eu/es/noticias/article/commission-launches-consultation-on-modernising-and-simplifying-the-common-agricultural-policy-cap-1/>

<sup>51</sup><https://ec.europa.eu/info/consultations/modernising-and-simplifying-common-agricultural-policy>

<sup>52</sup><https://www.europarc.org/wp-content/uploads/2017/04/S.Petrosillo-EUOPARC-Fed.-CAP-consultation.pdf>

<sup>53</sup><https://ec.europa.eu/info/consultations/modernising-and-simplifying-common-agricultural-policy#about-this-consultation>

<sup>54</sup><https://ec.europa.eu/info/consultations/modernising-and-simplifying-common-agricultural-policy#consultation-outcome>

<sup>55</sup>[https://meae.gov.mt/en/public\\_consultations/msdec/pages/consultations/publicconsultationonthenationalagriculturalpolicyforthemalteseislands20182028.aspx](https://meae.gov.mt/en/public_consultations/msdec/pages/consultations/publicconsultationonthenationalagriculturalpolicyforthemalteseislands20182028.aspx)

forstwirtschaftlichen Nutzflächen sowie Agrarproduzenten und deren Familienangehörige sind<sup>56</sup>.

Beispielsweise besteht die Aufgabe der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen darin, die Landwirtschaft des Landes zu entwickeln und Agrarproduzenten zu fördern sowie ländliche Entwicklung voranzutreiben.<sup>57</sup> Die wesentlichen Aufgaben der Landwirtschaftskammer Österreich sind die Vertretung der Interessen der Mitglieder gegenüber dem Staat und anderen Berufsgruppen sowie die Mitwirkung an Staatsaufgaben. Konkret zählen dazu folgende Aufgaben:

- Erstellung von Vorschlägen und Gutachten für Behörden, vor allem zu Entwürfen für Gesetze und Mitsprache bei der Entsendung von Vertretern in Organisationen
- Förderung der Zusammenarbeit der Landwirtschaftskammern und der Beziehungen zum landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen
- Erledigung von Verwaltungsaufgaben für öffentliche Körperschaften
- Internationale Zusammenarbeit in der Interessensvertretung<sup>58</sup>.

In den postsozialistischen Ländern, die EU-Mitglieder sind, gibt es auch Landwirtschaftskammern. Ihr Einfluss auf die Agrarpolitik und die Qualität der agrarpolitischen Beratung ist jedoch umstritten. Im Vergleich mit Agrarkammern der Länder des alten Europas sind sie auf anderen Grundsätzen aufgebaut und treten nicht immer als mehrheitliche Stimme der Akteure des Agrarsektors auf<sup>59</sup>.

Die Landwirtschaftskammern in den Ländern des postsowjetischen Raums haben keinen wesentlichen Einfluss auf die Agrarpolitik.

In Ministerien, die mit der Landwirtschaft verbunden sind, werden Struktureinheiten für Kommunikationspolitik und Promotion eingerichtet, um die Informations-, Kommunikations- und Werbemaßnahmen zu koordinieren und die Öffentlichkeit über die Tätigkeit des Ministeriums wie auch das Ministerium über die gesellschaftliche Akzeptanz seiner Politik zu informieren<sup>60</sup>. Eine vergleichbare Struktureinheit gibt es auch im Bestand des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung der Ukraine<sup>61</sup>.

Die Kooperation des polnischen Ministeriums/Ministers für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung mit Agrarfachverbänden wird planmäßig gestaltet. Ein Beispiel dafür liefert das Programm der Kooperation des Ministers mit Nichtregierungsorganisationen und Subjekten, die im Gesetz über zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Freiwilligenhilfe für 2021-2023 definiert sind<sup>62</sup>.

---

<sup>56</sup><https://www.oesterreich.com/de/wirtschaft/interessensvertretungen/landwirtschaftskammer-lk>

<sup>57</sup><https://www.landwirtschaftskammer.de/wir/index.htm>

<sup>58</sup><https://www.oesterreich.com/de/wirtschaft/interessensvertretungen/landwirtschaftskammer-lk>

<sup>59</sup>[https://www.euractiv.com/section/all/short\\_news/czech-farmers-plan-massive-protests-against-new-cap-green-deal/](https://www.euractiv.com/section/all/short_news/czech-farmers-plan-massive-protests-against-new-cap-green-deal/)

<sup>60</sup><https://www.gov.pl/web/agriculture/department-of-communication-and-promotion2>

<sup>61</sup><https://minagro.gov.ua/pro-nas/struktura>

<sup>62</sup><https://sip.lex.pl/akty-prawne/dzienniki-resortowe/przyjecie-programu-wspolpracy-ministra-rolnictwa-i-rozwoju-wsi-z-35824618>

Diese Kooperation setzt sich zum Ziel, eine Grundlage für ein effektives und effizientes Zusammenwirken des Ministers für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung mit Nichtregierungsorganisationen einschließlich der Zielsetzungen, Grundsätze und Prioritäten dieses Zusammenwirkens sowie Instrumente seiner Realisierung zu schaffen, um mit Berücksichtigung der Interessen sämtlicher interessierter Seiten bessere Lösungen zu finden, die auf die Gewährleistung des Gemeinwohls gerichtet sind. Das Programm leistet einen erheblichen Beitrag zur Realisierung des gesellschaftlichen Auftrags und Verwirklichung der Vision des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Das Ministerium versteht sich als eine kompetente, moderne, effektive und auf Belange der Zivilgesellschaft orientierte staatliche Dienststelle, die ihre Aufgaben mit hochqualifiziertem Personal auf höchstem Niveau wahrnimmt.

Ziele des Programms im Einzelnen sind:

1. Bessere Qualität der Zusammenarbeit des Ministeriums mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Grundsätzen der Subsidiarität, Unabhängigkeit der Seiten, Partnerschaft, Effizienz, eines fairen Wettbewerbs und der Transparenz sowie gleicher Chancen.
2. Stärkere Einbindung der NGOs und der Bürger in die Gestaltung der Staatspolitik.
3. Weitervermittlung bester Erfahrungen im Bereich der Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen.

*Grundsätze der Kooperation.* Die Kooperation des Ministers mit zivilgesellschaftlichen Organisationen findet auf Grundsätzen statt, die im Gesetz über zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Freiwilligenhilfe (Ustawa o działalności pożytku publicznego i wolontariacie z dnia 24 kwietnia 2003<sup>63</sup>), dargelegt sind. Dazu gehören:

- SUBSIDIARITÄT: Probleme müssen «so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig», d.h. möglichst bürgernah, gelöst werden. Dadurch können Menschen, die mit Schwierigkeiten konfrontiert wurde, diese schneller und besser bewältigen. Zugleich wird dadurch eine sinnvolle Beschränkung der Durchgriffsmöglichkeiten der zentralen Verwaltung erreicht. Dieser Grundsatz garantiert ferner die Mitsprache und die Mitwirkung der Bürger.
- SUBSIDIARITÄT DER SEITEN: Jeder Seite wird das Recht eingeräumt, nach Lösungsansätzen zur Überwindung der bestehenden Probleme und Realisierung der Aufgaben selbständig und unabhängig zu suchen. Im Verhältnis zwischen Nichtregierungsorganisationen und Staat bedeutet es, dass beide Seiten das unabhängige Handeln einer anderen Seite respektieren.
- GRUNDSATZ DER PARTNERSCHAFT beruht auf enger Kooperation zwischen der staatlichen Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen, die gemeinsame Ziele des Gemeinwohls verfolgt. Dementsprechend werden Synergieeffekte erwartet, so dass gemeinsame Anstrengungen zum besten Ergebnis führen.

---

<sup>63</sup><https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=wdu20030960873>

- **EFFIZIENZ:** staatliche Haushaltsmittel müssen sinnvoll und zweckgemäß ausgegeben werden. Das bedeutet eine verantwortungsbewusste, zielgerichtete, sparsame und planmäßige Nutzung der zugesagten Ressourcen. Der wesentliche Inhalt dieses Prinzips besteht in der Wahl des am meisten effizienten Verfahrens des Ackerbaus, um zum besten Ergebnis zu kommen.
- **FAIRER WETTBEWERB:** setzt voraus, dass sowohl staatliche als nichtstaatliche Institutionen gleiche Möglichkeiten und gleiche Rechte im Wettbewerb um die Vergabe von Staatsaufträgen genießen. Die konsequente Einhaltung dieses Grundsatzes erleichtert die Auswahl des besten Auftragnehmers. Dieses Prinzip dient dazu, Interessenkonflikte zu vermeiden.
- **TRANSPARENZ:** setzt gegenseitige und zuverlässige Informierung der Seiten über geplante Maßnahmen voraus, was zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und Herstellung partnerschaftlicher Beziehungen beiträgt.
- Ein weiterer Grundsatz, auf dem die Kooperation des Ministers mit Nichtregierungsorganisationen aufgebaut werden sollte, ist das **PRINZIP DER GEGENSEITIGKEIT**. Das bedeutet, dass die Regierungsseite die Verpflichtung übernimmt, sich an die festgelegten Regeln der partnerschaftlichen Kooperation zu halten. Zugleich wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen erwartet, dass sie für hohe Qualitätsstandards in ihren Aktivitäten sorgen, die ihnen zugesagten Mittel sinnvoll nutzen, Finanzierungsquellen diversifizieren, für die Glaubwürdigkeit der von ihnen eingereichten Daten und übermittelten Informationen sowie für Berechenbarkeit und Kontinuität ihrer Tätigkeit sorgen, ihre Maßnahmen koordinieren und bereit sind, frei und offen ihre Meinung über die staatliche Verwaltung zu äußern.

Im Gesetz Polens „Über zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Freiwilligenhilfe“ (Ustawa o działalności pożytku publicznego i wolontariacie z dnia 24 kwietnia 2003<sup>64</sup>) sind ferner Kooperationsformen definiert.

Das Programm legt **zwei wichtigste Arten** der Kooperation zwischen dem Minister und Nichtregierungsorganisation fest:

**Es geht um folgende Formen der Zusammenarbeit:**

- 1) Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen über Schwerpunktbereiche und die durch das Ministerium erarbeiteten Entwürfe von normativen Akten sowie anderen Dokumenten;
- 2) Meinungsbildung und Einrichtung von Beiräten, einschließlich Vertreter des Nichtregierungssektors;
- 3) Unterstützung der Maßnahmen, die von NGOs veranstaltet werden, durch Verleihung der Schirmherrschaft des Ministers;

---

<sup>64</sup><https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.aspx?id=wdu20030960873>

4) sonstige Formen (z.B. Konferenzen/Seminare usw.).

**finanzieller Bereich** schließt die Auftragsvergabe an zivilgesellschaftliche Organisationen für Wahrnehmung von öffentlichen Aufgaben und Zuwendungen ein. Hier werden folgende Formen der Kooperation angewandt:

- 1) Auftragsvergabe oder Unterstützung zur Umsetzung einer staatlichen Aufgabe mit Bereitstellung einer Zuwendung für Finanzierung (Kofinanzierung) dieser Umsetzung im öffentlichen Wettbewerbsverfahren;
- 2) Umsetzung von Maßnahmen/Projekten, die aus EU-Mitteln finanziert werden.

Die Kooperation des Ministers mit dem Nichtregierungssektor findet auch durch *den Dialog* im Format des Meinungsaustausches und der Beiräte statt. Dazu gehört u.a. der Rat für Landwirtschaft und ökologische Produktion. Er setzt sich aus Vertretern der Ressorts, die dem Minister untergeordnet oder von ihm kontrolliert werden, der Universitäten, der zuständigen Abteilungen für Zertifizierung im ökologischen Landbau und Branchenverbänden zusammen, die mit dem Öko-Landbau befasst sind. Aufgaben des Rates sind:

- 1) Erstellung von Gutachten, Beratung und Unterbreitung von Vorschlägen über systemische Lösungen im Öko-Landbau, u.a. im Bereich der Bioproduktion und -verarbeitung, sowie Berichterstattung über einschlägige Initiativen;
- 2) Förderung von Projekten für Entwicklung des Öko-Landbaus im Bereich der Produktion und der Verarbeitung sowie des Markts für Bio-Lebensmittel;
- 3) Erstellung von Gutachten, Beratung und Vorstellung von Vorschlägen über Beschlüsse, Aktivitäten und erreichte Ziele, die im Rahmenplan der Maßnahmen für Bio-Lebensmittel und Entwicklung der Landwirtschaft in Polen dargelegt sind.

Öffentlichkeitsräte sind ein verbreitetes Instrument der agrarpolitischen Beratung auch in Russland<sup>65</sup> und Kasachstan<sup>66</sup>.

Internationale Organisationen und Projekte der internationalen technischen Hilfe bleiben ein wichtiger Akteur der agrarpolitischen Beratung in postsozialistischen Ländern und in Ländern mit einer unstablen politischen und wirtschaftlichen Lage. So sind beispielsweise im Rahmen des Bilateralen Kooperationsprogramms des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Deutschlands (BMEL) neben der Ukraine mehrere Agrarpolitische Dialoge (APD) in Brasilien, Kasachstan, China, Mongolei und auf dem Westbalkan tätig<sup>67</sup>.

Die meisten Formen und Instrumente der Kooperation zwischen Staat und nichtstaatlichen Agrarorganisationen, die im Ausland angewendet werden, sind auch in der Ukraine mit Ausnahme der staatlichen Auftragsvergabe an zivilgesellschaftliche

---

<sup>65</sup><https://apkrb.info/ministerstvo/koordinacionnye-i-soveshchatelnye-organy/obshchestvennyy-sovet&prev=search&pto=aue>;  
<https://agro.cap.ru/about/koordinacionnie/obschestvennij-sovet&prev=search&pto=aue>;  
<https://docs.cntd.ru/document/551819697&prev=search&pto=aue>

<sup>66</sup>[https://online.zakon.kz/Document/?doc\\_id=33310163](https://online.zakon.kz/Document/?doc_id=33310163)

<sup>67</sup><https://apd-ukraine.de/ua/1474-agropolitichni-dialogi-z-riznikh-krajin-zustrilisya-dlya-obminu-dosvidom-v-berlini>

Organisationen mit Bereitstellung einer Zuwendung vorhanden. Der letztgenannte Kooperationsbereich zwischen Ministerien und der Öffentlichkeit wird in der Ukraine nicht praktiziert. ***Der entscheidende Unterscheid besteht in der Qualität dieser Kooperation, was sich auch auf die Qualität der agrarpolitischen Beratung und letztlich die Qualität der Agrarpolitik auswirkt***



## 3. AGRARPOLITIK IM KONTEXT DER AGRARPOLITISCHEN BERATUNG

### 3.1. Wesen der Agrarpolitik

Breit gefasst ist die Agrarpolitik ein festgelegter Teil, ein Programm oder ein Bereich dieser Tätigkeit, Gesamtheit von Mitteln (Instrumenten) und Methoden zur Umsetzung gewisser strategischer Interessen, um die vom Subjekt des politischen Prozesses definierten Ziele in einem bestimmten sozialen Umfeld zu erreichen<sup>68</sup>.

„Wer, was, wann und wie“<sup>69</sup> - das ist wohl die kürzeste Definition der Politik.

Es gibt viele Interpretationen der Agrarpolitik, nämlich:

- *Agrarpolitik* als strategisch orientierte und umsetzbare politische, rechtliche, soziale, wirtschaftliche sowie organisatorische und administrative Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft sowie der Agrar- und Landverhältnisse<sup>70</sup>.
- *Agrarpolitik* als ein Kurs und Gesamtheit von Maßnahmen, die auf eine intensive Entwicklung der ländlichen Produktivkräfte, Verbesserung oder einen radikalen Wandel der dort bestehenden Eigentumsformen, bessere Lebensqualität und Alltagsbedingungen, Versorgung der Industrie mit Rohstoffen usw. gerichtet sind. Die Agrarpolitik des Staates ist ein wichtiger Bestandteil der wirtschaftlichen und sozialen Staatspolitik und setzt eine strategische und taktische Begründung der Gestaltung von Agrarverhältnissen und eine wirtschaftliche Begründung der Entwicklungsmöglichkeiten der ländlichen Räume voraus<sup>71</sup>.
- Agrarpolitik als strategischer Kurs des Staats und Gesamtheit von Maßnahmen, die auf eine effektive und ausgeglichene Entwicklung der ländlichen Produktivkräfte und Verbesserung oder einen radikalen Wandel der dort bestehenden Eigentumsformen, bessere Lebensqualität und Alltagsbedingungen, Versorgung der verarbeitenden und der Nahrungsindustrie mit Rohstoffen usw. gerichtet sind<sup>72</sup>.
- Agrarpolitik ist eine Politik, die nicht nur auf eine *dynamische* und effektive Entwicklung der Agrarproduktion, sondern auch auf die Gewährleistung auf dieser Basis eines besseren Lebensstandards für ländliche Bevölkerung gerichtet ist<sup>73</sup>.
- Agrarpolitik wird als Tätigkeit des Staats definiert, die auf die Herbeiführung von wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Bedingungen im Agrarsektor gerichtet ist und durch Einfluss auf wirtschaftliche Abläufe realisiert wird, die auf der Basis der am meisten verbreiteten und akzeptierten Formen und Methoden gestaltet werden.

---

<sup>68</sup>[https://uk.wikipedia.org/wiki/Політика#cite\\_note-1](https://uk.wikipedia.org/wiki/Політика#cite_note-1)

<sup>69</sup>[https://uk.wikipedia.org/wiki/Політика#cite\\_note-1](https://uk.wikipedia.org/wiki/Політика#cite_note-1)

<sup>70</sup>[https://esu.com.ua/search\\_articles.php?id=42561](https://esu.com.ua/search_articles.php?id=42561)

<sup>71</sup>[https://uk.wikipedia.org/wiki/Аграрна\\_політика](https://uk.wikipedia.org/wiki/Аграрна_політика)

<sup>72</sup>[https://vue.gov.ua/Аграрна\\_політика](https://vue.gov.ua/Аграрна_політика)

<sup>73</sup><http://www.dy.nayka.com.ua/?op=1&z=211>

Die Agrarpolitik stellt eine geordnete Tätigkeit des Staats und der durch ihn gegründeten gesellschaftlichen und rechtlichen Institute zur Gewährleistung von angemessenen kulturellen, sozialen, rechtlichen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen für ländliche Bevölkerung dar<sup>74</sup>.

- Agrarpolitik umfasst ein Gesetzeswerk, das die nationale Landwirtschaft und den Import der ausländischen Agrarproduktion regelt. Die Agrarpolitik nutzt die im Voraus durch eine Person oder Regierung definierten Ziele, Aufgaben und Wege, um ein bestimmtes Ergebnis zum Wohl des Menschen (der Menschen), der Gesellschaft und der Wirtschaft des gesamten Landes zu erreichen<sup>75</sup>.

Im Kontext dieser Studie ist die in der EU benutzte Definition der Agrarpolitik wichtig.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist eine Partnerschaft zwischen Gesellschaft und Landwirtschaft, die resiliente landwirtschaftliche Produktion zur Stärkung der Ernährungssicherheit unterstützt, Umwelt- und Klimaschutzleistungen, schützt, die biologische Vielfalt fördert und zur Zukunftsfestigkeit der ländlichen Räume beiträgt.

Bei der GAP stehen somit die Lebensmittelversorgung, die Umwelt und die ländliche Entwicklung im Fokus<sup>76</sup>.

### **3.2. Agrarpolitik der Ukraine: Aspekte aus der Vorkriegszeit**

Es ist offensichtlich, dass die Agrarpolitik sich in solchen Dokumenten wie Strategien, Programme und Gesetze manifestieren muss.

Das einzige zurzeit wirksame agrarpolitische Dokument der Ukraine ist wohl das Gesetz der Ukraine „Über die staatlichen Unterstützung der Landwirtschaft der Ukraine“<sup>77</sup>.

In der Präambel des Gesetzes heißt es, dass mit seiner Verabschiedung „die Grundlagen der Staatspolitik im Haushalts-, Kredit-, Preis- und Regulierungsbereich und in anderen Bereichen der staatlichen Verwaltung geschaffen werden, um die *Stimulierung* der Agrarproduktion und der Entwicklung des Agrarmarkts voranzutreiben und zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit beizutragen“.

Zugleich ist es offensichtlich, dass es ein „statisches“ Dokument ist und die Agrarpolitik in ihrer ganzen Dynamik einschließlich Zielsetzungen, Aufgaben, Indikatoren nicht umfasst, d.h. nicht auf einem programm-basierten Ansatz zur Politik aufgebaut ist.

Mit Stand heute gibt es kein spezielles Programmdokument im Bereich der Agrarpolitik.

Die letzten bestandskräftigen Dokumente dieser Art waren:

---

<sup>74</sup><http://www.lekcii.com.ua/text/open.906.html>

<sup>75</sup>[https://en.wikipedia.org/wiki/Agricultural\\_policy](https://en.wikipedia.org/wiki/Agricultural_policy)

<sup>76</sup>[https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy\\_en](https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy_en)

<sup>77</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1877-15#Text>

- Das Gesetz „Über Grundsätze der staatlichen Agrarpolitik für den Zeitraum bis 2015“<sup>78</sup>;
- Das staatliche Zielprogramm der Entwicklung des ukrainischen Dorfs für den Zeitraum bis 2015;
- Die Strategie der Entwicklung des agrarwirtschaftlichen Sektors für den Zeitraum bis 2020.<sup>79</sup>

Bis zu einem gewissen Grad können in diese Auflistung auch folgende Dokumente aufgenommen werden:

- Das Konzept des Staatlichen Zielprogramms der Entwicklung des agrarwirtschaftlichen Sektors für den Zeitraum bis 2022<sup>80</sup>;
- Das Konzept der ländlichen Entwicklung, dem kein einschlägiges staatliches Programm folgte. Die Umsetzung des Konzepts wurde für den Zeitraum bis 2025 geplant.

Das Staatliche Zielprogramm der Entwicklung des ukrainischen Dorfs für den Zeitraum bis 2015 sollte zur Realisierung folgender wichtiger Aufgaben beitragen:

- organisatorische, rechtliche, soziale und wirtschaftliche Voraussetzungen für eine komplexe Entwicklung ländlicher Räume, Anpassung und Angleichung der Lebensbedingungen in Stadt und Land schaffen;
- die Effizienz der Beschäftigungsmaßnahmen steigern, Anreize für Existenzgründungen in ländlichen Räumen als die wichtigste Voraussetzung für eine bessere

Lebensqualität auf dem Land stärken;

- die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors vor dem Hintergrund der Integration der Ukraine in den globalen Wirtschaftsraum unterstützen;
- chaotische Entwicklungen und Flucht in den Schatten auf dem Agrarmarkt unterbinden;
- für umweltfreundliche Lebensbedingungen sorgen sowie zum Schutz der Umwelt und sinnvollen Nutzung der natürlichen Ressourcen insbesondere der landwirtschaftlichen Nutzflächen beitragen.

Im Papier wurde darauf hingewiesen, dass eine schwierige wirtschaftliche und soziale Lage in ländlichen Räumen durch Folgendes bedingt ist:

- Reformprogramme im Bereich der Agrarwirtschaft und die bei deren Umsetzung erzielten Ergebnisse stimmen mit den festgelegten sozialen Prioritäten nicht überein;

<sup>78</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2982-15#Text>

<sup>79</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/806-2013-%D1%80#Text>

<sup>80</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/1437-2015-%D1%80#Text>

- bei der Gestaltung der Haushaltspolitik wird übersehen, dass Reproduktionsbedingungen in der Agrarwirtschaft im Vergleich mit anderen Branchen und Tätigkeitsfeldern aus objektiven Gründen anders sind, was durch saisonale Abhängigkeit der Produktion, ihre Abhängigkeit von Witterungsbedingungen, eine lange Dauer der Produktionszyklen und demzufolge einen langsamer verlaufenden Kapitalverkehr bedingt ist;
- Rechtsgrundlagen und Schutz des Eigentums der Bauern an Grund und Vermögen sind unzureichend geregelt;
- die Förderung der Agrarproduktion und des sozialen Bereichs in ländlichen Räumen ist unzulänglich;
- Anreize für die Einführung von innovativen Technologien und Investitionen in die agrarwirtschaftliche Produktion lassen viel zu wünschen übrig;
- wirtschaftliche Verhältnisse zwischen dem Agrarsektor und anderen wirtschaftlichen Branchen auf paritätischer Grundlage fehlen;
- staatliche Unterstützung der Entwicklung von ländlichen Räumen nicht ausreichend ist;
- Objekte des sozialen Bereichs landwirtschaftlicher Betriebe in das staatliche bzw. kommunalen Eigentum ohne eine angemessene finanzielle Untermauerung übergeben wurden;
- Bedingungen für Entwicklung einer produktiven Beschäftigung, Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in ländlichen Räumen und Einkommenssteigerung der ländlichen Bevölkerung nicht gegeben sind;
- die Infrastruktur für den Agrarmarkt zahlreiche Mängel aufweist, und viele Absatzkanäle der Agrarproduktion sich entweder „im Schattensektor“ befinden oder monopolisiert sind;
- die Staatspolitik zur Herbeiführung von Bedingungen für die Entwicklung von Produktionsgenossenschaften und anderen nicht gewinnorientierten Vereinigungen von Agrarproduzenten im Bereich der Beschaffung, der Verarbeitung und des Verkaufs von Agrarprodukten sowie der Erbringung von Transport- und Finanzleistungen für Bedienung von Warenströmen nicht effektiv ist;
- die Informierung der ländlichen Bevölkerung über die Betriebswirtschaft unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht vorhanden ist.

Weder mit dem Gesetz der Ukraine „Über die Grundsätze der staatlichen Agrarpolitik bis 2015“ noch mit dem staatlichen Zielprogramm der Entwicklung des ukrainischen Dorfs bis 2015 konnten gestellte Ziele erreicht werden. Dies ist vor allem auf die ungenügende Finanzierung der geplanten Maßnahmen zurückzuführen, was auf die Bevorteilung von Großunternehmen zurückzuführen ist, deren Interessenvertretung gegenüber Staat und Behörden gut gesichert ist, so dass ihre Interessen vor den Interessen der Klein- und

mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe und ländlichen Gemeinden Vorrang genießen.

In der Strategie der Entwicklung des agrarwirtschaftlichen Sektors bis 2020, die durch die Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 806-p vom 17.10.2013 beschlossen wurde, heißt es, dass „der Agrarsektor der Ukraine, dessen tragender Bestandteil die Landwirtschaft ist, ...soziale und wirtschaftliche Grundlage der ländlichen Entwicklung bildet“.

In der Strategie wurden folgende Grundsätze der Organisation des Agrarsektors im Bereich der Agrarproduktion festgeschrieben:

- Gewährleistung des Gleichgewichts in der agrarwirtschaftlichen Entwicklung nach wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Kriterien (was de facto ein Bekenntnis zum Konzept der nachhaltigen agrarwirtschaftlichen Entwicklung bedeutet);
- Erziehung einer verantwortungsbewussten Einstellung der Landnutzer und einer langfristig angelegten und effizienten Bewirtschaftungsweise;
- Anwendung verschiedener Formen der Wirtschaftsführung mit Vorrangstellung von Unternehmen und Betrieben, denen eine besonders wichtige Rolle in der sozialwirtschaftlichen Entwicklung von Gemeinden zukommt.

Die Strategie der agrarwirtschaftlichen Entwicklung für den Zeitraum bis 2020 hat sich auf die Entwicklung der Agrarwirtschaft in Wirklichkeit kaum ausgewirkt und die weitere Zunahme des Einflusses von Großunternehmen nicht verhindert. Das gleiche gilt für das Konzept der ländlichen Entwicklung, dass keine ernst zu nehmenden Folgen für die ländliche Entwicklung bewirkt hat. In beiden Fällen ist es wegen einer mangelnden Ausstattung mit Ressourcen passiert.

Am 03.03.2022 wurde mit der Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 179 die Nationale Wirtschaftsstrategie bis 2030 beschlossen<sup>81</sup>. „Bereich 9. Der agrarwirtschaftliche Sektor und die Nahrungsmittelindustrie“ wurde als einer von Schwerpunkten in der Entwicklung der nationalen Wirtschaft eingestuft.

Vision des Bereichs: Ukraine als ein globales Zentrum der Ernährungssicherheit und weltweit führender Staat im Bereich der Lieferung von Lebensmitteln mit hoher Mehrwertschöpfung sowie technologisch fortschrittlichen Dienstleistungen für den agrarwirtschaftlichen Sektor.

Strategische Ziele des Bereichs 9: „Der agrarwirtschaftliche Sektor und die Nahrungsmittelindustrie:

- *eine auf Anreize setzende und beratende Agrarpolitik gewährleisten;*
- Marktakteure mit einer hochwertigen Infrastruktur (Land, Bewässerungsanlagen, Finanzen, Bildung und Forschung, Transport, Lagerungskapazitäten) versorgen;

---

<sup>81</sup> <https://www.kmu.gov.ua/npas/pro-zatverdzhennya-nacionalnovi-eko-a179>

- Bedingungen für Agrarproduzenten schaffen, die den Zugang zu materiellen und technischen Ressourcen ermöglichen;
- für das Gleichgewicht in der Produktion von erwerblichen Waren mit einem hohen und einem niedrigen Deckungsbeitrag sorgen, um Gewinnrate des Sektors steigern;
- die Entwicklung und eine angemessene Versorgung des Markts für Verarbeitung von Agrarprodukten vorantreiben;
- den Absatz auf dem Binnenmarkt und den internationalen Märkten optimieren;
- die Produktion und den Export von sicheren und gesundheitsfördernden Erzeugnissen sicherzustellen.

Das Papier enthält Feststellungen, die auf der Grundlage der Analyse des agrarwirtschaftlichen Sektors getroffen wurden: Feststellung 1. Eine effiziente Staatspolitik ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des agrarwirtschaftlichen Sektors.

Zum strategischen Ziel 1: „Eine auf Anreize setzende und beratende Agrarpolitik gewährleisten“ wurden im Papier Mittel aufgezeigt, mit denen das gestellte strategische Ziel zu erreichen ist, nämlich:

1. Die Entwicklung von Agrarclustern sichern.
2. Bodenmarkt regeln.
3. Die Entwicklung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und anderen Formen der Zusammenschlüsse von Kleinproduzenten fördern.
4. Landwirtschaftliche Betriebe zu unterstützen und Anreize für Einstieg in den regulären Agrarmarkt für die im Bereich der Agrarproduktion tätigen natürlichen Personen schaffen.
5. Bio-Produktion fördern.
6. Gesetze harmonisieren.
7. Den agrarwirtschaftlichen Sektor aus dem Schatten holen.
8. Die Zusammenfassung und Aufarbeitung von Daten verbessern.
9. Für bessere Effizienz der Gestaltung und der Umsetzung der Politik sorgen.
10. Staatspolitik im agrarwirtschaftlichen Sektor, die auf den Umweltschutz und Management von natürlichen Ressourcen in der Landwirtschaft zielt.
11. Unterstützung und Entwicklung ländlicher Räume.
12. Fischerei und Fischzucht.

Mit der Verordnung Nr. 179 wurden Ministerien und andere zentrale Exekutivbehörden zuständigkeitshalber verpflichtet... Informationen über den laufenden Stand der Umsetzung der Strategie und das Erreichen von gestellten Zielindikatoren auf ständiger

Basis in das elektronische System für Monitoring und Kontrolle der Implementierung der Strategie auf dem einheitlichen Webportal des E-Governments einzutragen.

*Da es kein spezielles Programmpapier gibt, wurde es de facto durch die Nationale Wirtschaftsstrategie bis 2030 ersetzt, in der nicht nur die Vision und strategische Ziele sondern auch Schwerpunktbereiche und Aufgaben der Agrarpolitik sowie deren Indikatoren definiert sind. Für das strategische Ziel 1 „Eine auf Anreize setzende und beratende Agrarpolitik gewährleisten“ wurden folgende Indikatoren festgelegt:*

- Gewinnung von direkten ausländischen Investitionen in Höhe von 25 Mrd. US-Dollar im Laufe von 10 Jahren;
- Anstellung von 21 Handelsvertretern;
- Anstellung von 1000 Agrarberatern in Gemeinden.

*Zugleich kann die Nationale Wirtschaftsstrategie bis 2030 kaum als ein Programmdokument angesehen werden, denn sie enthält keine Angaben zum Zeitrahmen und Ressourcen, die zur Umsetzung der dort vorgesehen Maßnahmen erforderlich sind.*

Das Ministerkabinett der Ukraine beschließt Jahrespläne der vorrangigen Regierungsmaßnahmen<sup>82</sup>. In Anlehnung daran werden von Ministerien, einschließlich des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine, eigene jährliche Aktionspläne<sup>83</sup> oder strategische Pläne für mehrere Jahre erstellt<sup>84</sup>.

Mit der Anordnung des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine Nr. 389 vom 28.06.2022 wurde der strategische Aktionsplan des Ministeriums für 2022-2024 beschlossen<sup>85</sup>. Dieses Papier wurde mit Berücksichtigung folgender Regierungspapiere erstellt: Nationale Wirtschaftsstrategie bis 2030; Aktionsplan zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit unter den Bedingungen des Kriegszustands, der durch die Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 327<sup>86</sup> vom 29.04.2022 beschlossen wurde; Irrigation and *Drainage Strategy in Ukraine* bis 2030, die durch die Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr, 688<sup>87</sup> vom 14.08.2019 beschlossen wurde.

*Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine wird zunehmend zu einem wichtigen Faktor der Agrarpolitik. Durch das System des Monitorings der Umsetzung des Assoziierungsabkommens (analytisches Informationssystem „Puls des Abkommens“)<sup>88</sup> werden Probleme in der Umsetzung des Aktionsplans zur Implementierung des*

---

<sup>82</sup><https://www.kmu.gov.ua/npas/pro-zatverdzhennya-planu-prioritetnih-dij-uryadu-na-2021-s240321/>;

<sup>83</sup><https://minagro.gov.ua/npa/pro-zatverdzhennya-planu-roboti-ministerstva-agrarnoyi-politiki-ta-prodovolstva-ukrayini-na-2021-rik>

<sup>84</sup><https://minagro.gov.ua/npa/pro-zatverdzhennya-strategichnogo-planu-roboti-ministerstva-agrarnoyi-politiki-ta-prodovolstva-ukrayini-na-2022-2024-roki>

<sup>85</sup><https://minagro.gov.ua/npa/pro-zatverdzhennya-strategichnogo-planu-roboti-ministerstva-agrarnoyi-politiki-ta-prodovolstva-ukrayini-na-2022-2024-roki>

<sup>86</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/327-2022-%D1%80#Text>

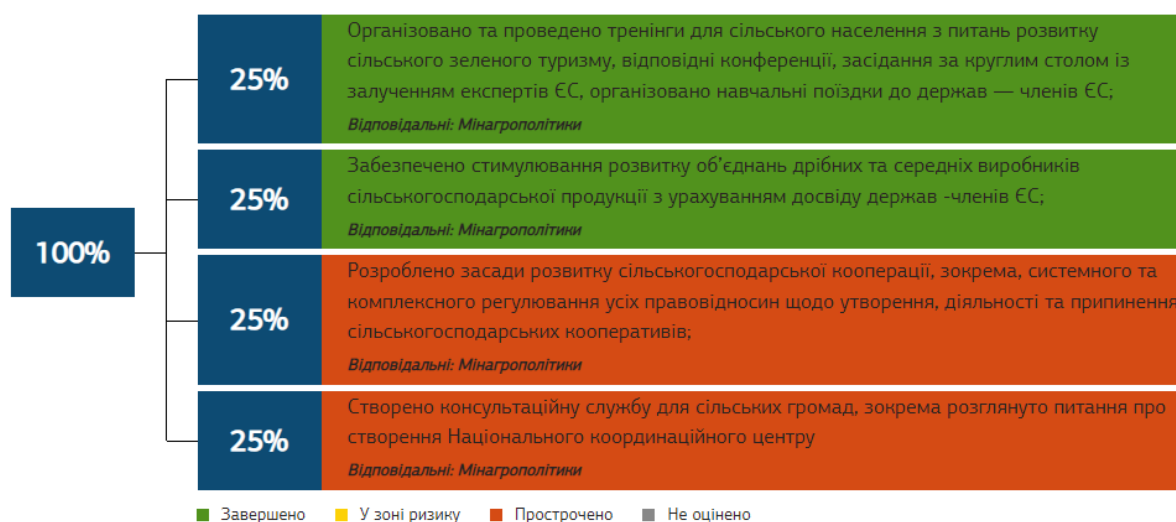
<sup>87</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/688-2019-%D1%80#Text>

<sup>88</sup><https://pulse.eu-ua.org/>

*Abkommens ausgeleuchtet.* Die Fortschritte in der Erfüllung der Aufgaben für 2021 belaufen sich lediglich auf 4%<sup>89</sup>.

Die wesentlichsten Fortschritte bei der Realisierung des Aktionsplans zur Implementierung des Assoziierungsabkommens konnten vermutlich im Handel der Ukraine mit den für sie traditionellen Exportgütern (Getreide, Ölpflanzen usw.) erzielt werden. Die Realisierung vieler weiterer Maßnahmen wurde im Programm „Puls des Abkommens“ als risikobehaftet eingestuft bzw. überhaupt nicht bewertet.

*Ein Teil der Maßnahmen, die in der Regel mit der Umsetzung des Artikels 404 des Abkommens verbunden sind, wurden als überfällig vermerkt.* Dies ist beispielsweise bei der Aufgabe „Einführung wirksamer Kooperationsinstrumente im Bereich der Wissensvermittlung, der Innovationsförderung und der Entwicklung verschiedener Formen der Interessenvertretung von Produzentengruppen durch Forschungen und der nachfrageorientierten Beratung für Agrarproduzenten (schrittweise Anpassung des Rechts)<sup>90</sup> geschehen.



Im „Puls des Abkommens“ ist u.a. die Aufgabe „Anreize für Vereinigungen von klein- und mittelständischen Agrarunternehmen vor dem Hintergrund der Erfahrungen der EU-Mitgliedsstaaten schaffen“ als „erfüllt“ vermerkt, doch wie dies erreicht wurde, bleibt nicht nachvollziehbar. Und die Erfüllung der Aufgabe „Beratungsdienstzentrum für Gemeinden wurde eingerichtet, u.a. die Frage über die Einrichtung des Nationalen Koordinationszentrums geprüft“ hängt bis heute in der Luft.

Insgesamt sind von 1 414 Maßnahmen im Rahmen von 48 Aufgaben, die im Abkommen vorgesehen sind, mehr als die Hälfte nicht umgesetzt worden.<sup>91</sup>

**Im Kontext der agrarpolitischen Beratung ist es wichtig, Herausforderungen und Hemmnisse auf dem Weg zum Erreichen von strategischen**

<sup>89</sup> <https://pulse.eu-ua.org/ua/streams/agriculture/>

<sup>90</sup> <https://pulse.eu-ua.org/ua/streams/agriculture/2019-substream1-90/>

<sup>91</sup> <https://www.kmu.gov.ua/storage/app/sites/1/zviti-pro-vikonannya/aa-implementation-report-2015-2020-ukr-final.pdf>



**agrarpolitischen Zielen zu erkennen.** In der Forschung wird auf folgende Defizite in der gegenwärtigen nationalen Agrarpolitik hingewiesen:

- Unausgeglichenheit, fehlende Kontinuität und Ausdifferenzierung (Komplexität)
- häufiger Taktik- und Strategiewechsel;
- fehlende Voraussetzungen für günstige und gleiche Bedingungen einer erfolgreichen Entwicklung für alle Akteure des Agrarmarkts;
- mangelhafte Regelung des Agrarmarkts mit dem Ziel, freien Wettbewerb zu sichern;
- Nichtübereinstimmung zwischen zielführenden Anreizen, Restriktionen und Verboten beim Aufbau des Agrarsektors und das Fehlen eines systemstiftenden Modells der wechselseitig bedingten Entwicklung der Agrarwirtschaft und der ländlichen Räume u.a.m.<sup>92</sup>.

In der nationalen Wirtschaftsstrategie bis 2030<sup>93</sup> sind folgende Herausforderungen und Hemmnisse auf dem Weg zum strategischen Ziel „Eine auf Anreize setzende und beratende Agrarpolitik gewährleisten“ definiert:

- unzureichendes institutionelles Vermögen (bedingt dadurch, dass es kein systemisches Vorgehen, keine angemessene Begründung und keine indikativen Grundsätze bei der Gestaltung der Agrarpolitik im Bereich der agrarwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklung gibt);
- geringe Effizienz der Entscheidungen (politische Entscheidungen im Bereich der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung sind nicht immer evidenzbasiert, es gibt Probleme mit der Versorgung mit erforderlichen Informationen und Analysen);
- ineffektiver Bodenmarkt (das aktuelle Modell der Öffnung des Bodenmarkts steht einer weiteren Entwicklung des Sektors im Weg);
- mangelhafter Mechanismus der Staatsaufsicht (es fehlt langfristige Planung der staatlichen Aufsichtsmaßnahmen, ihre Durchführung ist nicht genug transparent, was zu einer übermäßigen Regulierung der Privatwirtschaft führt, während es keinen Mechanismus der Verhinderung von Missbräuchen gibt);
- wenig wirksame staatliche Förderprogramme (geringe Effizienz der Staatsprogramme der Bereitstellung von Zuschüssen für agrarwirtschaftlichen Sektor, die durch mangelnde Transparenz und Probleme in der Zielgruppenorientierung, Zugänglichkeit und Effizienz der staatlichen Förderung bedingt ist, zu unwirtschaftlichen Ausgaben aus dem Staatshaushalt führt und die Entwicklung der Landwirtschaft behindert).

---

<sup>92</sup>[http://eapk.org.ua/sites/default/files/eapk2019/10/eapk\\_2019\\_10\\_p\\_6\\_17.pdf](http://eapk.org.ua/sites/default/files/eapk2019/10/eapk_2019_10_p_6_17.pdf)

<sup>93</sup><https://www.kmu.gov.ua/nps/pro-zatverdzhennya-nacionalnovo-eko-a179>

Bei anderen strategischen Zielen der nationalen Wirtschaftsstrategie bis 2030 lassen sich auch weitere Herausforderungen und Hemmnisse mit Blick auf die Agrar- und Handelspolitik identifizieren:

- eine sich verschlechternde Qualität der Bodenressourcen;
- Mangel an qualifiziertem Personal;
- beschränkter Zugang zu Finanzen;
- nicht ausreichende Nutzung des technologischen Potenzials;
- ungenügende Versorgung mit Ausrüstung, Landtechnik und Saatgut, Importabhängigkeit;
- wenig effektive Produktionsstruktur des agrarwirtschaftlichen Sektors;
- Produktivitätsdifferenzen im agrarwirtschaftlichen Sektor;
- schwache Kooperation zwischen Produzenten, insbesondere wirtschaftlich und finanziell anfälligen Kleinproduzenten;
- fehlende Instrumente für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, strukturelle Umgestaltungen und Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität von Kleinagrarpromotoren einschließlich Einzelbauernwirtschaften und landwirtschaftlicher Familienbetriebe;
- veraltete Bildungs- und Technologiebasis;
- rohstofforientierte Produktion (rohstofforientierte Exporte führen zu einer starken Abhängigkeit von äußeren Absatzmärkten);
- Restriktionen im internationalen Handel, die sich auf Absatzvolumen auswirken;
- Importbeschränkungen für Produkte tierischen Ursprungs;
- mangelhafte gesetzliche Regelungen, die eine effiziente Staatspolitik im Bereich der sanitären und phytosanitären Maßnahmen nicht möglich machen;
- wenig effizientes Zusammenwirken zwischen Behörden;
- ineffizientes System von Genehmigungen, Zulassungen und eine lästige staatliche Regulierung;
- fehlende institutionelle Kapazitäten (mangelhaftes System der staatlichen Verwaltung, Mangel an qualifizierten Fachkräften und einer modernen materiellen und technischen Ausstattung, die einer effizienten Wahrnehmung der staatlichen Aufgaben im Weg stehen);
- veraltete und lange Verfahren der Erbringung von Dienstleistungen (fehlende moderne IT-Systeme und Technologien führen zu stark bürokratisierten, lästigen und langen Verfahren der Erbringung von Dienstleistungen und das Fehlen von modernen Webplattformen und anderen computergestützten Mitteln der Interaktion zwischen Staat und Privatwirtschaft erschwert wirtschaftliche Aktivitäten).

*Eine weitere Herausforderung für die ukrainische Agrarpolitik ist die Notwendigkeit der Erkenntnis durch ukrainische Politiker des Wesens der Agrarpolitik, ihrer Anpassung an weltweite, u.a. europäische Entwicklungen und an die international etablierte Kultur der Gestaltung und der Umsetzung dieser Politik.* Es ist mittlerweile offenbar geworden, dass die Auflösung des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine im Jahr 2019 eine nicht gut durchdachte ja sowohl schädliche Entscheidung war<sup>94</sup>. Nach der Wiederaufnahme der Tätigkeit dieses Ministeriums 2022 hört man nun, dass es wieder mit anderen Ministerien zusammengelegt und demzufolge seine branchenspezifische Orientierung<sup>95</sup> verlieren kann, was der Praxis in den meisten Ländern der Welt zuwiderläuft.

Am 9. Dezember 2021 wurde eine neue Zusammensetzung des **Öffentlichkeitsrats beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine** beschlossen.

Der Öffentlichkeitsrat ist ein provisorisches Beratungsgremium, das zur stärkeren Einbindung der Öffentlichkeit in die Gestaltung und Umsetzung der Staatspolitik eingerichtet wird.

Dem Öffentlichkeitsrat gehören 35 Personen an, die zivilgesellschaftliche Strukturen vertreten. Sie sollten dem Ministerium Experten- und Beratungshilfe bereitstellen und sind befugt, Entwürfe von normativen Rechtsakten im Bereich der Gestaltung und der Umsetzung der staatlichen Politik zu prüfen.

„Ich hoffe, dass der Öffentlichkeitsrat sich aktiv in die Arbeit einbringen wird. Für uns sind Positionen, Erfahrungen und Ideen jedes/jeder von ihnen wichtig, daher laden wir jene, die nicht in den Öffentlichkeitsrat gewählt wurden, zur assoziierten Mitgliedschaft ein“, sagte Minister Roman Leshchenko. Er brachte ferner die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Öffentlichkeitsrat seine Tätigkeit möglichst bald aufnehmen und institutionelle Kapazitäten des Ministeriums stärken wird<sup>96</sup>.

Die Rahmensatzung über den Öffentlichkeitsrat bei Ministerien, sonstigen zentralen Exekutivbehörden, dem Ministerrat der Autonomen Republik Krim, den staatlichen Oblast- und Kreisverwaltungen, den staatlichen Stadtverwaltungen Kiew und Sevastopol, den staatlichen Stadtbezirksverwaltungen Kiew und Sevastopol, die durch die Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 996<sup>97</sup> vom 03.11.2010 beschlossen wurde, sieht vor, dass „Exekutivbehörden die Zusammensetzung des Öffentlichkeitsrats auf der Grundlage eines Protokolls der Gründungsversammlung oder nach den Ergebnissen einer elektronischen Bewertungswahl spätestens in 30 Kalendertagen nach dem Tag der Durchführung der Gründungsversammlung beschließen, soweit es keine Streitigkeiten über die Bildung des Öffentlichkeitsrats gibt. Die Exekutivbehörde gibt die

---

<sup>94</sup><https://kurkul.com/spetsproekty/617-likvidatsiya-minagropolitiki--reaktsiya-uchasnikiv-rinku-onovlyuyetsya>

<sup>95</sup><https://www.pravda.com.ua/news/2022/06/30/7355511/>

<sup>96</sup><https://minagro.gov.ua/news/u-minagropolitiki-sformuvali-gromadsku-radu>

<sup>97</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/996-2010-%D0%BF#Text>

Zusammensetzung des Öffentlichkeitsrats auf ihrer amtlichen Webseite innerhalb von drei Tagen nach dem Erlass des Beschlusses bekannt“.

Der damalige Minister für Agrarpolitik hat die Zusammensetzung des Öffentlichkeitsrats nicht bestätigt.

Der Öffentlichkeitsrat beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der laufenden Amtszeit wurde auch einige Jahre lang nicht einberufen.

*Wenige Jahre vor dem Krieg gab es also keine öffentliche Kommunikationsplattform für Interessenabstimmung verschiedener Akteure des Agrarmarkts und Exekutivbehörden, die nach transparenten und nachvollziehbaren Regeln gebildet wäre.*

Zum Teil wurde diese Funktion vom **agrarwirtschaftlichen Unternehmerausschuss bei der Industrie- und Handelskammer der Ukraine** übernommen<sup>98</sup>.

Dieser Ausschuss ist ein ständig funktionierendes Beratungsorgan, das aus Unternehmern und Vertretern der im agrarwirtschaftlichen Sektor und in der Nahrungsmittelindustrie tätigen Betrieben sowie Vertretern der Unternehmerverbände besteht. In die Aktivitäten des Ausschusses können auch Vertreter von Exekutivbehörden und kommunalen Selbstverwaltungsorganen einbezogen werden.

Das Ziel des Ausschusses besteht darin, auf bessere Rahmenbedingungen für regionale Wirtschaft, u.a. die im agrarwirtschaftlichen Sektor und in der Nahrungsmittelindustrie tätigen Betriebe hinzuwirken. Der Ausschuss trägt zur Entwicklung der Tätigkeiten im Bereich der Agrarwirtschaft und der Lebensmittelproduktion, Vermittlung bester internationaler Erfahrungen und fortschrittlicher Technologien und steigenden Qualität der fachlichen Ausbildung des Personals bei; nimmt Vermittlungsfunktion im Dialog zwischen Staat und Privatwirtschaft wahr, setzt sich für eine bessere Rechts- und Regulierungspolitik zur Abschaffung von Hemmnissen für unternehmerische Aktivitäten ein; wertet Vorschläge ausgehend von realen Bedürfnissen der Unternehmen aus, um sie nachträglich den zuständigen Exekutivbehörden zur Prüfung und zur Entscheidung vorzulegen.

*Sonstige Plattformen für die Kommunikation zwischen Agrarmarktbetreibern und Behörden hat es in der Ukraine vor dem Krieg nicht gegeben, sie fehlen aber auch unter den gegenwärtigen Bedingungen.* Allukrainische Vereinigungen, die sich als solche Plattformen positionieren (das Allukrainische Agrarforum, der Allukrainische Agrarrat, die Ukrainische Agrarkonföderation, die Agrarkammer der Ukraine, der Ukrainische Bauernverband usw.) besitzen kein entsprechendes Vertretungsmandat von der Mehrheit der Agrarmarktakeure.

*Schätzt man die Agrarpolitik der Ukraine vor der Kriegszeit ein, kommt man zu folgenden wichtigen Schlussfolgerungen:*

- die Agrarpolitik als System strategisch orientierter und umsetzbarer politischer, rechtlicher, sozialwirtschaftlicher, organisatorischer, administrativer und

---

<sup>98</sup><https://ucci.org.ua/advocacy/entrepreneurs-committee-at-the-chamber-of-ukraine/komitiet-pidpriemstv-aghropromislovogho-komplieksu>

gesellschaftlich akzeptierter Maßnahmen befindet sich in der Phase der Entstehung und der Suche nach Werten und Zielen;

- die ukrainische Agrarpolitik ist von der Diskrepanz zwischen deklarierten Zielen und den verfügbaren Ressourcen sowie institutionellen Kapazitäten geprägt, mit denen diese Ziele erreicht werden können;
- es gibt keine politische Verantwortung dafür, dass beschlossene Pläne der Agrarpolitik nicht umgesetzt werden, was ein Merkmal der schlechten politischen Kultur ist;
- trotz des Umstands, dass die meisten Agrarprodukte, abgesehen von Exportgütern, von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen produziert werden, wird in der Politik Schwerpunkt auf „die Produktion der Agrarwirtschaft“ gesetzt, was in der Nationalen Wirtschaftsstrategie bis 2030 selbst im Titel des jeweiligen Bereichs: „Bereich 9. Der agrarwirtschaftliche Sektor und die Nahrungsmittelindustrie“ seinen Ausdruck findet;
- ländliche Entwicklung gehört bisher nicht zur Praxis der ukrainischen Agrarpolitik;
- „Agrarintegration“ setzt einen systemischen und nicht einen selektiven Ansatz voraus;
- politische Konsultationen mit der Öffentlichkeit sind keine übliche Praxis; ein Teil des politischen agrarwirtschaftlichen Establishments versucht, die Politik in einen geschlossenen Club zu verwandeln.

*Aus eigenen langjährigen Beobachtungen kann behauptet werden, dass sich in der Ukraine eine spezifische Kultur der Agrarpolitik „der dritten Welt“ sowjetischer Prägung entwickelt hat, bei der man sich auf Großunternehmen konzentriert, Exporte über Einkommen der Landwirte stellt und die Lösung der Probleme der schwächeren Akteure des Agrarmarktes durch stärkere in Aussicht stellt (Leitungsebene im Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine ist vorwiegend durch Vertreter großer Gesellschaften und Unternehmen besetzt). Es wird klar, dass das mittlerweile etablierte agrarwirtschaftliche Establishment nicht in der Lage ist, auf bestehende Herausforderungen angemessen zu reagieren und eine neue Agrarpolitik umzusetzen, die sich an der europäischen Politik orientieren würde, weil europäische Werte, Grundsätze und Ansätze entweder verkannt oder nicht akzeptiert werden.*

Diesem Problem kann wie folgt abgeholfen werden:

- Transformation der politischen Kultur des bestehenden agrarwirtschaftlichen Establishments;
- Erziehung einer neuen Generation von Agrarpolitikern mit einem neuen Verständnis der Agrarpolitik, bei dem nicht mehr die Menge der produzierten oder exportierten Produkte, sondern eine nachhaltige Landwirtschaft mit Fokus auf den Mensch im Vordergrund steht.

In diesem Zusammenhang gewinnt die agrarpolitische Beratung sowohl der Regierungsvertreter und Behörden, als auch der Vertreter verschiedener gesellschaftlicher Gruppen eine zunehmende Bedeutung, um Agrarpolitiker neuer Prägung mit einem neuen Verständnis der Agrarpolitik ins Leben zu rufen. Hier sind Anstrengungen aller Akteure – Agrarfachverbände, politischer Parteien, die an der Gewinnung von Wählern in ländlichen Räumen interessiert sind, landwirtschaftlicher Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie kommunaler Selbstverwaltungsorgane usw. – gefragt.

### 3.3. Krieg und Agrarpolitik

Am 24.03.2022 hat die Werchowna Rada der Ukraine **das Gesetz „Über die Änderungen in einige Gesetze der Ukraine zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit unter den Bedingungen des Kriegszustands“**<sup>99</sup> verabschiedet mit dem Ziel, besondere Regelungen im Bereich der Bodenverhältnisse einzuführen und Erwerb von Nutzungsrechten an landwirtschaftlichen Nutzflächen zu erleichtern.

Die Notwendigkeit der Verabschiedung dieses Gesetzes wurde wie folgt begründet: „In den Zeiten des Kriegs sind schnelle und entschlossene Handlungen gefragt, die von einem einzigen Ziel getragen sind: den Angriffskrieg abzuwehren. Im Krieg kommt eine richtige Entscheidung, die verspätet getroffen wird, ihren Folgen nach oft einer Fehlentscheidung gleich. *Die Vorkriegsregelungen im Bereich der Bodenverhältnisse mit monatelanger Dauer des Verfahrens der Zuweisung von Grundstücken zeigten sich unter den Bedingungen des Kriegszustands als nicht wirksam und der neuen Realität nicht angemessen.* Die Lösung vieler Aufgaben, die von der ukrainischen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft in der Kriegszeit gelöst werden müssen, hängen davon ab, wie schnell Verwaltungsentscheidungen über die Zuweisung von Grundstücken verschiedener Zweckbestimmung, Flurbereinigungsmaßnahmen und Registrierung der Rechte an Grund und Boden getroffen werden können... Das Gesetz geht vom Vorrang der gesellschaftlichen (staatlichen) Interessen gegenüber privaten Interessen unter den Bedingungen des Kriegszustands aus. Das bedeutet, dass die Geltung einiger rechtlicher Mechanismen, die private Interessen schützen, vorübergehend eingestellt wird, was wegen der russischen militärischen Aggression gegen die Ukraine völlig nachvollziehbar ist. Stattdessen wurden durch das Gesetz einige rechtliche Mechanismen eingeführt, die dem öffentlichen Interesse an einer sicheren und schnellen Nutzung von verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen für Zwecke der Lebensmittelproduktion gerecht werden. Dabei dürfen Interessen und Wünsche der Eigentümer und Nutzer in Einzelfällen nicht berücksichtigt werden“<sup>100</sup>.

<sup>99</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/2145-20#Text>

<sup>100</sup><https://minagro.gov.ua/news/zakon-pro-prodovolchu-bezpeku-v-umovah-voyennogo-stanu-rozlyasennyya-shchodo-zastosuvannya>

Gemäß dem Gesetz gelten für die Dauer des Kriegszustands Pacht-, Unterpacht- und Erbpachtverträge, Verträge über die Einwilligung zur Inanspruchnahme eines Grundstücks und Grunddienstbarkeit für ein weiteres Jahr verlängert.

Nicht abgeschlossene öffentliche Grundstücksversteigerungen (Auktionen) von Pachtrechten an Grundstücken landwirtschaftlicher Zweckbestimmung werden abgeschafft und neue Versteigerungen durchgeführt.

Den Militäradministrationen in Landkreisen wird das Recht eingeräumt, Grundstücke, deren Pacht bereits zur Versteigerung angeboten worden ist, ohne Versteigerung und Abschluss von Pachtverträgen für ein Jahr zu verpachten.

Darüberhinaus können Militäradministrationen in Landkreisen Grundstücke für Zwecke der Agrarproduktion sowie Grundstücke und Landanteile, die im gemeinschaftlichen Eigentum verblieben sind, nicht verteilt und nicht in Anspruch genommen wurden, zur Pacht anbieten, wobei:

- die Höhe des Pachtzinses 8% der Höhe der normativen Geldbewertung des jeweiligen Grundstücks nicht übersteigen darf;
- der Pächter keine Ansprüche auf Kompensationszahlungen für Bodenverbesserungsmaßnahmen; Wiederaufnahme des Pachtvertrags; Abschluss des Pachtvertrags für eine neue Geltungsdauer unter Nutzung des Vorzugsrechts des Pächters; Weiterverpachtung des Grundstücks geltend machen kann.

Mit dem Gesetz wurden folgende neue Regelungen eingeführt:

- Eigentümer und Nutzer von Grundstücken übernehmen keine Haftung bei unangemessener Landnutzung, die darin besteht, dass das verpachtete Grundstück nicht bewirtschaftet wird;
- kommunale und staatliche Grundstücke mit landwirtschaftlicher Zweckbestimmung können nur für Zwecke der Agrarproduktion zur Nutzung übergeben werden;
- die kostenlose Übergabe von staatlichen und kommunalen Grundstücken in das private Eigentum, die Erteilung von Genehmigungen auf die Erstellung von Raumordnungsunterlagen für Zwecke einer solchen Übergabe und ihre Erstellung sind für die Dauer des Kriegszustands untersagt.

Mit der Wiederherstellung der friedlichen Ordnung wird der Staat zu üblichen Verfahren der Regelung von Bodenverhältnissen zurückkehren.

***Der Plan der Gewährleistung der Ernährungssicherheit unter den Bedingungen des Kriegszustands***<sup>101</sup> wurde von der Regierung am 29.04.2022, d.h. am Anfang des dritten Monats des Kriegs, beschlossen.

Dieser Plan umfasst 7 Aufgaben:

1. Laufende Analyse der Lage mit der Ernährungssicherheit.

---

<sup>101</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/327-2022-%D1%80#n10>

2. Sicherstellung einer störungsfreien Agrar- und Lebensmittelproduktion.
3. Deckung des staatlichen Bedarfs nach lang haltbaren Lebensmitteln für Versorgung der Gemeinden, auf deren Gebiet aktive Kampfhandlungen geführt werden.
4. Aufbau eines weitgefächerten Netzwerks für Lagerung von Rohstoff- und Lebensmittelvorräten, um strategischen Bedürfnissen des Staats gerecht zu werden.
5. Schaffung von Möglichkeiten für Selbstversorgung mit Lebensmitteln in territorialen Gemeinden und privaten Haushalten.
6. Gewährleistung eines zuverlässigen Betriebs von agrarwirtschaftlichen Unternehmen, u.a. durch Deckung des Bedarfs nach Importkomponenten.
7. Regulierung mit dem Ziel, den Binnenmarkt mit einheimischen Produkten zu sättigen und Importnachfrage zu decken.

Im Papier sind die zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Maßnahmen sowie Indikatoren, Durchführungsfristen und Verantwortliche aufgeführt.

Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Versorgung der Bevölkerung mit lang haltbaren Lebensmitteln.

Ministerien, weitere zentrale Exekutivbehörden, die für die Umsetzung des Maßnahmenplans verantwortlich sind, Militäradministrationen der Oblaste, die Aktiengesellschaft „Ukrzaliznytsya“ (Ukrainische Eisenbahnen) werden verpflichtet, jeden Monat bis zum 5. Tag des Nachfolgemonats Berichte über die Erfüllung des Maßnahmenplans bis zur Beendigung oder Aufhebung des Kriegszustands beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine mit Zusammenfassung dieser Informationen dem Ministerkabinett der Ukraine jeden Monat am 15. Tag des Nachfolgemonats vorzulegen.

Im klassischen Sinn stellt dieses Papier eher eine Auflistung von Tätigkeitsfeldern als einen Plan dar: die meisten Maßnahmen und Indikatoren sind mit der Marktüberwachung verbunden; bei Durchführungsfristen sind keine konkreten Daten (wöchentlich, monatlich, vierteljährlich) vorgesehen.

Trotz einer relativen Unbestimmtheit bietet das Papier den Behörden die Möglichkeit, flexibel zu handeln und schnell auf die sich ändernden Bedarfe und Herausforderungen zu reagieren.

*Der Krieg hat einige Defizite in der Agrarpolitik der Vorkriegszeit „ausgeleuchtet“:*

- rohstofforientierte und wenig diversifizierte Agrarwirtschaft;
- nicht diversifizierte Absatzmärkte;
- schwache Infrastruktur des Agrarmarkts;
- Unterbewertung der Rolle von Klein- und mittelständischen Unternehmen in der Gewährleistung der Ernährungssicherheit;



- Importabhängigkeit bei Betriebs- und Sachmitteln (Brenn- und Schmierstoffen, Düngemitteln, Landtechnik, Pflanzenschutzmitteln);
- schwache Organisationsfähigkeit des Staats.

Die Besetzung der Gebietsteile der Ukraine durch Russland, die Vernichtung von Infrastrukturobjekten und Unternehmen, die vorübergehende Einstellung der wirtschaftlichen Aktivitäten vieler Wirtschaftssubjekte, die teilweise Lahmlegung von Agrarexporten und eine enorme Steigerung der Verteidigungskosten haben laut Schätzungen zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts der Ukraine in den 9 Monaten des Jahres 2022 in Höhe von 30% geführt<sup>102</sup>.

*Unter diesen Bedingungen ist die Finanzierung staatlicher Förderprogramme für den Agrarsektor aus der Vorkriegszeit praktisch nicht möglich.*

Mit der Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 738 vom 21.06.2022 „**Über einige Fragen der Zusage von Fördermitteln für privatwirtschaftliche Unternehmen**“<sup>103</sup> wurden Änderungen in der Vorgehensweise der Bereitstellung von staatlichen Fördermitteln für Wirtschaftssubjekte beschlossen, die durch die Verordnung des Ministerkabinetts der Ukraine Nr. 28 vom 24.01.2020 „Über die staatliche Förderung“<sup>104</sup> eingeführt wurde. *Wohl zum ersten Mal in der jüngsten Geschichte der Ukraine wurde von der Regierung die Unterstützung in Form von Fördermitteln beschlossen, die für Agrarunternehmen und Existenzgründer in ländlichen Räumen zugänglich ist. Es handelt sich um Fördermittel für Existenzgründungen, Gartenbau, Gewächswirtschaften und verarbeitende Betriebe*<sup>105</sup>.

Am 16.08. 2022 wurde vom Ministerkabinett der Ukraine die Verordnung Nr. 918 „**Über die Bestätigung des Verfahrens der Nutzung von den im Staatshaushalt vorgesehenen Fördermitteln zur Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben und weiteren Agrarproduzenten**“ (im Weiteren – Verfahren) erlassen. Die Verordnung sieht vor:

**Haushaltszuschüsse pro 1 ha der bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche;**

**einen Sonderzuschuss aus dem Staatshaushat für Rinderhaltung** (Kühe) aller Produktionsklassen.

Haushaltsmittel können über die Software des Staatlichen Agrarregisters ab dem 1. September des laufenden Jahres beantragt werden.

*Die Besonderheit der Förderung und der haushaltsfinanzierten Zuschüsse besteht darin, dass sie sich **an Kleinst-, Klein- und mittelständische Unternehmen richten,***

<sup>102</sup><https://www.kmu.gov.ua/news/padinnia-vvp-ukrainy-za-9-misiatsiv-2022-roku-otsiniuietsia-na-rivni-30>

<sup>103</sup><https://www.kmu.gov.ua/npas/deyaki-pitamya-nadannya-grantiv-biznesu-738-210622>

<sup>104</sup><https://zakon.rada.gov.ua/laws/show/28-2020-%D0%BF#Text>

<sup>105</sup><https://diia.gov.ua/services/categories/biznesu/yerobota>

*indem die Flächengröße, Rinderbestand auf eine bestimmte Höhe beschränkt und Anforderungen an die Schaffung von Arbeitsplätzen gestellt werden.*

Es wird vorgesehen, dass ein Teil von Mitteln zur Unterstützung der Privatwirtschaft im Agrarsektor von ausländischen Partnern bereitgestellt wird.

Eine weitere Neuerung in der Agrarpolitik der Kriegszeit: ab dem 15. August wurde die Online-Plattform: **das Staatliche Agrarregister (SAR)** in Betrieb genommen<sup>106</sup>.

Das Staatliche Agrarregister ist ein automatisiertes elektronisches System, das vom Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine aus Kosten der internationalen technischen Hilfe der Europäischen Union **zur effizienten und transparenten Verteilung und Verwaltung** sämtlicher Arten der Förderung für ukrainische Agrarproduzenten eingerichtet wurde, die aus dem Staatshaushalt und in Form von Fördermitteln der internationalen Partner sowie im Rahmen sonstiger technischer Hilfe jeder Art bereitgestellt werden.

### **3.4. Agrarpolitik: zukünftige Herausforderungen**

Der Wiederaufbau der ukrainischen Wirtschaft, u.a. der Agrarwirtschaft, und der EU-Beitritt sind zwei entscheidende Herausforderungen für die Ukraine nach dem Krieg, denen man sich jedoch noch in der Kriegszeit stellen sollte.

Am 21.04.2022 wurde durch den Erlass des Präsidenten der Ukraine Nr. 266 **der Nationale Rat für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg**<sup>107</sup> eingerichtet.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Rats gehören:

- Erarbeitung von Plänen des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Ukraine nach dem Krieg, u.a. der Wiederherstellung und des Ausbaus von Verkehrs-, Gesundheits-, Produktionsinfrastruktur, sozialen und kommunalen Infrastruktur und Wohnungsbestand, Energie-, Kommunikations- und Militärinfrastruktur, Verteidigungsindustrie; der strukturellen Modernisierung und der Wiederaufnahme des regulären wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs. Diese Pläne müssen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Unterstützung für Familien mit Kindern, einkommensschwache Bevölkerungsschichten, Notleidende des Kriegs und zur Wiederherstellung und Bewahrung des Kulturerbes enthalten;
- Erarbeitung von Vorschlägen über vorrangige Reformen, deren Beschließung und Umsetzung in der Kriegszeit und danach erforderlich ist;
- Vorbereitung von strategischen Initiativen, Entwürfen von Gesetzen und sonstigen normativen Rechtsakten, deren Verabschiedung für einen effektiven wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb sowie für den Wiederaufbau der Ukraine in der Kriegszeit und danach notwendig ist.

---

<sup>106</sup>[www.dar.gov.ua](http://www.dar.gov.ua)

<sup>107</sup><https://www.president.gov.ua/documents/2662022-42225>

Am 22. Juli 2022 hat die Regierung **Entwürfe der einzelnen Abschnitte des Maßnahmenplans für den Wiederaufbau und die Nachkriegsentwicklung der Ukraine**<sup>108</sup> zur öffentlichen Besprechung bekannt gegeben.

Dieses Papier wird aus 23 Themenbereichen entsprechend der Verteilung von Expertengruppen beim Nationalen Rat für den Wiederaufbau der Ukraine, einschließlich des Bereichs „**Neue Agrarpolitik**“ bestehen.

Nach der Einsichtnahme in die Unterlagen der Arbeitsgruppe „Neue Agrarpolitik“<sup>109</sup> lässt sich Folgendes feststellen:

- konzeptuell ist es nicht klar, ob es um eine neue Agrarpolitik oder Politik bzw. Politiken für die Kriegs- und Nachkriegszeit geht.
- angesichts der Orientierung der Ukraine auf die EU-Mitgliedschaft müssten im Papier europäische Ansätze zur Gestaltung und Umsetzung der Agrarpolitik berücksichtigt werden. Konkret ist die Orientierung auf die ländliche Entwicklung gemeint, die von einer herausragenden Bedeutung für Gemeinden und für die Einlösung unserer Verpflichtungen aus dem Assoziierungsabkommen ist. Im Papier lässt sich die Verbindung zum Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU sowie mit dem Aktionsplan zur Umsetzung der durch dieses Abkommen vorgesehenen Maßnahmen kaum verfolgen.
- das Papier stellt eher ein Paket von Maßnahmen mit verschiedenem Gewicht als einen Plan dar, der einer Strategie folgt.
- der analytische Teil dieses Papiers enthält de facto keine Analyse. Beispielsweise wird die Bestandsaufnahme in der Branche nur auf einige wenige Aspekte: Landreform, Melioration und Produktionsgenossenschaften reduziert. Die Behauptung, das neue Gesetz über landwirtschaftliche Genossenschaften habe die Situation in diesem Bereich verändert, geht an der Wirklichkeit vorbei. Ein Plan, der auf einer minderwertigen Analyse und Fehlbehauptungen aufgebaut ist, kann nicht wirksam sein.
- Es fehlt praktisch die Analyse der bestehenden Programmdokumente und deren Umsetzung. Daher können begangene Fehler und bestehende Defizite nicht angemessen analysiert werden, um sie in Zukunft zu vermeiden. Und auf dieser Grundlage ein Papier von einer neuen Qualität zu erstellen.
- Man hat den Eindruck, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen auf die Lösung der Probleme von Großunternehmen (obgleich dies auch wichtig ist) orientiert sind, und Probleme von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Unternehmen nicht beachtet werden, was dem Konzept der ländlichen Entwicklung zuwiderläuft.
- Das Papier ist nicht immer konsequent genug. Beispielsweise wird der Fachkräftemangel von Verfassern des Papiers als ein erhebliches Hemmnis

---

<sup>108</sup> <https://www.kmu.gov.ua/diyalnist/nacionalna-rada-z-vidnovlennya-ukrayini-vid-naslidkiv-vijni/robochi-grupi>

<sup>109</sup> <https://www.kmu.gov.ua/storage/app/sites/1/recoveryrada/ua/new-agrarian-policy.pdf>

identifiziert, doch es werden keine Maßnahmen vorgeschlagen, um Fachkräfte aus dem Ausland nach Hause zu holen.

Das Papier wurde zwar zur öffentlichen Besprechung offen gelegt, doch der Mechanismus der Auswahl von Änderungsvorschlägen und der Abfassung der finalen Version blieb für die meisten Vertreter des Agrarsektors nicht nachvollziehbar.

*Insgesamt ist das vorgelegte Papier „Neue Agrarpolitik“ als ein wichtiger Schritt zu werten, doch bei seiner Vorbereitung wären eine stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit und der Fachkreise sowie neue konzeptuelle Ansätze erwünscht.*

Am 3. Juni hat die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an die Ukraine beschlossen<sup>110</sup>. Das verpflichtet die Ukraine dazu, stärkere Anstrengungen zu unternehmen, um die Umsetzung der Bestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und der EU zu beschleunigen.

Im Büro des Präsidenten der Ukraine wurde die möglichst baldige Einhaltung von Empfehlungen, die mit der Verleihung des Beitrittskandidatenstatus ausgesprochen wurden, als das wichtigste Anliegen im Bereich der europäischen Integration definiert: denn „die europäische Integration schließt mehr als nur Außenpolitik ein“<sup>111</sup>.

Dieser Status muss sich auch auf nationale Ansätze zur Gestaltung der neuen Agrarpolitik wesentlich auswirken.

### **Die Annäherung der ukrainischen Agrarpolitik an die europäische GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) ist ein zentrales Anliegen in der Nachkriegszeit.**

Doch Vorbereitungen müssen bereits jetzt getroffen werden. *Ursache:* diese Maßnahmen sind im Kontext der europäischen Integration unabdingbar; man ist mit der Umsetzung des Aktionsplans zur Implementierung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine einerseits und der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und deren Mitgliedsstaaten andererseits praktisch längst gescheitert.

#### *Mögliche Schritte:*

- Neuprüfung (Termine und Qualität der Umsetzung) des Aktionsplans zur Implementierung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine einerseits und der Europäischen Union, der Europäischen Atomgemeinschaft und deren Mitgliedsstaaten andererseits mit Einbeziehung von Agrarfachverbänden;
- Einführung der öffentlichen Kontrolle der Umsetzung dieses Plans;
- Stimulierung der Kooperation zwischen Fachverbänden der Ukraine und der EU;
- Einführung von speziellen Programmen zur Heranführung der ukrainischen Landwirtschaft an die EU-Mitgliedschaft (IPARD);

---

<sup>110</sup><https://www.kmu.gov.ua/news/ukrayina-otrimala-status-kandidata-na-chlenstvo-v-yes>

<sup>111</sup><https://www.pravda.com.ua/news/2022/10/8/7370939/>

- Übergang von der Politik der Entwicklung der Landwirtschaft zur Politik der ländlichen Entwicklung;
- Entwicklung der Landwirtschaft mit Schwerpunkt auf Innovationen auf allen Ebenen als Grundlage einer neuen Agrarpolitik: Förderung der Agrarforschung und -bildung, der Beraterdienste und Entwicklung eines ukrainischen *Agricultural Knowledge and Innovation System* als Bestandteil des globalen AKIS.

*Bei diesen Aktivitäten ist eine umfassende Beratungshilfe der europäischen Partner gefragt. Das APD-Projekt könnte angesichts seiner langjährigen Erfahrungen eine Plattform für derartige agrarpolitische Beratung bieten.*

## 4. APD: AGRARPOLITISCHE BERATUNG

### 4.1. APD: Aktivitäten, Aktualität, Einzigartigkeit

Die laufende Phase des APD-Projekts (01.01.2022 – 31.12.2024) schließt folgende Themenbereiche ein:

- Entwicklung der ländlichen Räume durch überbetriebliche Zusammenarbeit und angepasste Agrarfördersysteme;
- Reform der Agrarverwaltung und Dezentralisierung;
- Modernisierung der Hochschulbildung und Forschungssysteme;
- Entwicklung serviceorientierter Organisationen der Zivilgesellschaft;
- Entwicklung spezieller Instrumente und transparenter Institutionen in den Bereichen Bodenpolitik, Klimapolitik und Waldpolitik.
- Entwicklung des Agrarhandels mit der EU;
- Diskussion über zentrale fachliche agrarwirtschaftliche Angelegenheiten, um sich an dem modernen Leistungsstand in der nachhaltigen Landwirtschaft auf der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Ebenen zu orientieren.

Die Auswertung von Gesetzen, Praktiken, Problemen und Herausforderungen in der ukrainischen Agrarpolitik lässt darauf schließen, dass **diese Themen für die Entwicklung einer auf den europäischen Grundsätzen und Werten basierten ukrainischen Agrarpolitik von neuer Qualität hochaktuell sind. Diese Werte und Grundsätze wurden in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU verankert. Dies ist insbesondere aus folgenden Gründen geboten.**

- Zum Unterschied von der europäischen Praxis ist die ländliche Entwicklung bis heute kein Bestandteil der ukrainischen Agrarpolitik und der Tätigkeit des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine.
- Der Agrarbereich gehört meistens nicht zum Gegenstand der Aktivitäten von territorialen Gemeinden<sup>112</sup>.
- Die überbetriebliche Kooperation zwischen Agrarunternehmen und territorialen Gemeinden ist die Ausnahme und nicht die Regel.
- Der Krieg hat die Ineffizienz des bestehenden staatlichen Systems der Agrarverwaltung ans Licht gebracht.
- Die Förderung von Agrarbetrieben und Agrarproduzenten aus kommunalen Haushalten und aus dem Staatshaushalt auf der Grundlage der europäischen Praxis kann dank der Bündelung von Kapazitäten zu synergischen Effekten führen.

---

<sup>112</sup><http://eapk.org.ua/contents/2020/11/99>

- Der Einfluss der nationalen Agrarbildung und Agrarforschung auf die Agrarwirtschaft ist gering.
- Zivilgesellschaftliche Strukturen haben wenig Einfluss auf die Gestaltung und Umsetzung der Agrarpolitik.
- Die Dienstleistungsfunktion der Agrarfachverbände ist schwach ausgeprägt.
- Die Bodenreform ist nicht zu Ende geführt, dazu muss weiterhin auf den Interessenausgleich zwischen Privatwirtschaft und Allgemeinwohl vor dem Hintergrund der nachhaltigen Entwicklung und der Ernährungssicherheit hingewirkt werden.
- Das Gesagte gilt auch für die Forstpolitik.
- Die Klimapolitik in der Ukraine als Teil der Agrarpolitik steckt in Anfängen. Die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Faktor dieser Politik.
- Die Entwicklung von speziellen Instrumenten und transparenten Ansätzen im Bereich der Klima-, Boden- und Forstpolitik;
- In der Nachkriegszeit muss die Praxis des öffentlichen Dialogs zwischen verschiedenen Subjekten der Landwirtschaft, Behörden, Gemeinden und ausländischen Partnern wiederhergestellt werden, was die Prozesse des Nachkriegswiederaufbaus und der europäischen Integration der Ukraine beschleunigen würde.

*Die meisten Aufgaben sind langfristig, denn sie sind mit politischen Änderungen verbunden, die mit Änderungen in der gesellschaftlichen Mentalität und mentalen Modellen der Wahrnehmung der Politik durch Gesellschaft einhergehen müssen. Mentale Modelle können auf der Basis der Wahrnehmung oder des Verständnisses des diesbezüglichen Diskurses aufgebaut werden. Wenn man bedenkt, dass die europäische Agrarpolitik noch keinen Zugang in das Bewusstsein des agrarpolitischen Establishments, der Landwirte und der Bauern gefunden hat, bedarf dieses Verständnis des agrarpolitischen Diskurses durch alle ukrainischen Akteure erheblicher Ressourcen, wodurch sich ein breiter Handlungsraum für Aktivitäten des APD-Projekts öffnet.*

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist **die Einzigartigkeit (der singuläre Charakter) des APD-Projekts**. Viele Jahre lang gab es in der Ukraine kein großes integriertes Projekt, dessen Aktivitäten auf der Reformierung der Agrarpolitik konzentriert wären. Die Einrichtung des „Büros für Reformen“ beim Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine<sup>113</sup> hat nicht zu erwarteten Ergebnissen geführt, weil es den Beamten des Ministeriums unterstellt wurde. *Die Unabhängigkeit des APD-Projekts macht es möglich, agrarpolitischen Entscheidungsträgern wohl durchdachte und ausgewogene*

---

<sup>113</sup> <https://minagro.gov.ua/npa/nakaz-minagropolitiki-pro-utvorennya-ofisu-pidtrimki-reform-pri-ministerstvi-agrarnoi-politiki-ta-prodovolstva-ukraini-zmineno>

*Entscheidungen auf der Grundlage wertvoller europäischer und vor allem deutscher Erfahrungen anzubieten.*

**Die Tätigkeit des APD-Projekts wird bis zum endgültigen Beitritt der Ukraine in die EU aktuell bleiben.**

*Die nationale Plattform für Diskussion über zentrale fachliche Angelegenheiten in der Agrarwirtschaft mit dem Ziel, sich am modernen Leistungsstand in der nachhaltigen Landwirtschaft auf der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Ebene zu orientieren, die im Rahmen des APD-Projekts eingerichtet wurde, kann danach selbständig weiter betrieben werden.*

## **4.2. APD und Krieg**

Krieg gibt seine eigenen Spielregeln vor. Das gilt auch für die Gestaltung und Umsetzung der Agrarpolitik, wobei ständig auf Sicherheitsmaßnahmen geachtet werden muss. Daher sind öffentliche politische Konsultationen gerade aus diesem Grund unentbehrlich.

Zugleich ist in den Kriegszeiten „schnelles und entschlossenes Handeln geboten, das einem einzigen Ziel dient: die militärische Aggression abzuwehren. Im Krieg ist eine richtige Entscheidung, die verspätet getroffen wird, oft nach ihren Folgen einer Fehlentscheidung gleich“<sup>114</sup>, daher werden Konsultationen zwischen Staat und nichtstaatlichen Agrarvereinigungen<sup>115</sup> sowie internationalen Partnern<sup>116</sup>, wenn auch nicht öffentlich, weiter geführt.

Die Gestaltung der Politik bedarf viel Zeit, und Effekte von der agrarpolitischen Beratung treten mit einer großen zeitlichen Verzögerung ein, jedoch **bleibt der APD auch in der gegenwärtigen Phase des Kriegszustands ein wichtiger Akteur**. Das Projekt hat seine Flexibilität durch die Veranstaltung einer Reihe von agrarpolitischen Beratungsmaßnahmen zu aktuellen kriegsbedingten Problemen mehrmals unter Beweis gestellt. Nachfolgend einige Beispiele dafür:

Am 6.09.2022 wurde von der Fachkomponente Boden des APD-Projekts die Vorlesung „Altlastensanierung und Kampfmittelräumung auf durch Kriegshandlungen belasteten Flächen: deutsche Beispiele und Perspektiven für die Ukraine“ durchgeführt.

Am 23.06.2022 fand ein Fachgespräch zum Thema „Effekte des Ukraine-Kriegs“ statt. Negative Auswirkungen des Kriegs auf Agrarproduktion, Handel und Ernährungssicherheit der importierenden Länder wurden bisher intensiv diskutiert, daher konzentrierte man sich auf weniger sichtbare Aspekte wie kriegsbedingte Einflüsse auf Agrarbildung und Agrarforschung, Abwanderung sowie Effekte für die nationale Ökonomie in Zentralasien

<sup>114</sup><https://minagro.gov.ua/news/zakon-pro-prodovolchu-bezpeku-v-umovah-voyennogo-stanu-rozlyasennyya-shchodo-zastosuvannya>

<sup>115</sup><https://www.cci.zp.ua/programa-grantiv-dlya-pererobnogo-biznesu-agrarivi-mozhut-otrymaty-finansuvannya-dlya-pererobky-svoeyi-produktsiyi/>

<sup>116</sup><https://www.me.gov.ua/News/Detail?lang=uk-UA&id=d52fa7d3-cb79-4773-bfa5-6f565930f0c8&title=YuliiaSviridenkoPidChasZustrichiZRegionalnimDirektoromSvitovogoBanku-ukrainaPotrebuInozemnikhInvestitsiiBoVoniMaiutNaivischiiMultiplikatsiiniEfektDliaEkonomiki>



und der Moldau. Während des Fachtreffens wurde die kurzfristige Entwicklungsprognose des ukrainischen Agrarmarkts präsentiert und kriegsbedingte Einflüsse auf Agrarproduktion und Agrarhandel der Ukraine diskutiert. Darüberhinaus setzte man sich mit den wichtigsten wirtschaftlichen Herausforderungen auseinander, die durch aktuelle Krise bewirkt sind.

Am 22.06.2022 wurde ein Runder Tisch zum Thema „Besprechung der Methodik zur Berechnung von kriegsbedingten Verlusten der Agrarunternehmen“ veranstaltet, an dem rund 100 Vertreter von Agrarfachverbänden, Behörden, wissenschaftlichen Einrichtungen, internationalen Organisationen und Projekten, Experten im Bereich des Audits, des Rechts, der Gerichtsexpertise und der Beratung teilgenommen haben. Dem APD-Projekt wurde ein Vorschlag unterbreitet, in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und Fachverbänden Schulungen zur Berechnung kriegsbedingter Schäden in den Agrarunternehmen durchzuführen. Um dabei den europäischen Erfahrungen Rechnung zu tragen, wurde dem APD-Projekt von Teilnehmern des Runden Tisches nahe gelegt, ein entsprechendes Kommentar von internationalen Experten einzuholen. Es wird geplant, einschlägige methodische Leitfäden dem Nationalen Rat für den Wiederaufbau der Ukraine zu übergeben.

Am 27.05.2022 führte der APD eine Veranstaltung zum Thema „Finanzkraft von Gemeinden – Herausforderungen und Potenziale in Kriegs- und Nachkriegszeiten“ durch, an welcher über 180 Vertreter von Gemeinden und Kommunen aus verschiedenen Regionen der Ukraine teilgenommen haben.

Am 10.05.2022 hat der Deutsch-Ukrainische Agrarpolitische Dialog (APD) zu einem Fachdialog mit dem Ministerium für Veteranenangelegenheiten der Ukraine eingeladen, um die Kommentierung, Ergänzungen und Anmerkungen zum Entwurf der „Strategie zur Förderung der unternehmerischen Initiativen von Kriegsveteranen für den Zeitraum bis 2030“ zu diskutieren. An der Diskussion nahmen Vertreter und Vertreterinnen des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine (MAPE) sowie kommunaler Selbstverwaltungskörperschaften und Agrarfachverbände teil.

Am 13.04.2022 fand im Rahmen der Podiumsdiskussionsreihe „Wird die russische Invasion in der Ukraine in 2022 zu einer umfassenden Umwälzung der Agrar- und Lebensmittelmärkte führen?“ unter der Moderation des APD das 3. Webinar statt, das in Kooperation mit dem Leibniz Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO, Deutschland), der Kyiv School of Economics (KSE, Ukraine) und der Wageningen University & Research (WUR, Niederlande) veranstaltet wurde. Im Fokus dieser Veranstaltung stand das Thema „Änderungen in der Agrarpolitik der Ukraine – Chancen und Potenziale mitten im Krieg“, wobei verschiedene Visionen der weiteren Entwicklung der Agrarpolitik der Ukraine unter laufenden Bedingungen und in der Nachkriegszeit ausführlich diskutiert wurden.

Am 06.04.2022 lud der APD im Rahmen der Podiumsdiskussionsreihe „Wird die russische Invasion in der Ukraine in 2022 zu einer umfassenden Umwälzung der Agrar- und Lebensmittelmärkte führen?“ zum 2. Webinar ein, das in Kooperation mit dem Leibniz-

Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO, Deutschland), der Kyiv School of Economics (KSE, Ukraine) und der Wageningen University & Research (WUR, Niederlande) veranstaltet wurde.

Am 31.03.2022 fand das erste Seminar der Veranstaltungsreihe "Wird eine umfassende russische Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 zu tiefgehenden Veränderungen auf den Agrar- und Ernährungsmärkten führen?" statt. Die Veranstaltungsreihe wurde in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO, Deutschland), der Kyiv School of Economics (KSE, Ukraine), dem Wageningen University and Research Centre (WUR, Niederlande) und dem Deutsch-Ukrainischen Agrarpolitischen Dialog (APD, Ukraine) organisiert und durchgeführt.

Am 22.03.2022 führte der Deutsch-Ukrainische Agrarpolitische Dialog (APD) ein Arbeitstreffen mit Vertretern des Ministeriums für Veteranenangelegenheiten durch, um Möglichkeiten und Schwerpunkte der Zusammenarbeit zu identifizieren.

Das ist bei weitem kein vollständiger Katalog von agrarpolitischen Beratungsmaßnahmen zur Bewältigung der kriegsbedingten Probleme, die vom APD veranstaltet und durchgeführt wurden, doch er **führt deutlich die Fähigkeit des Projekts vor Augen, auf bestehende Herausforderungen zu reagieren und mit einem ziemlich knappen Personal intensive Projektarbeit weiter zu leisten.** Diese Veranstaltungen waren von besonderem Wert, weil die meisten von ihnen mit Einbeziehung von internationalen Experten durchgeführt wurden.

#### **4.3. APD und ländliche Entwicklung**

**Entwicklung der ländlichen Räume durch überbetriebliche Zusammenarbeit und Beteiligung von territorialen Gemeinden** ist ein besonders aktuelles Schwerpunktthema in den Aktivitäten des APD-Projekts.

Dieser Projektbereich zeichnet sich dadurch aus, dass auf der Grundlage der Kooperation mit Gemeinden Empfehlungen angestrebt werden, auf die bei Entscheidungen im Bereich der Agrarpolitik zurückgegriffen werden könnte und die mittels Konsultationen mit Behörden wie das Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung und das Ministerium für Entwicklung von Gemeinden und Territorien der Ukraine erarbeitet werden könnten.

Folgende Gemeinden wurden als Partner des APD-Projekts ausgewählt:

- Oblast Kyiv – Gemeinden Uzyn und Mala Vilshanka;
- Oblast Ivano-Frankivsk – Gemeinden Horodenka und Sabolotiv;
- Oblast Poltava – Gemeinden Lochvytsya und Chornukhino.

Im Bereich Ländliche Entwicklung wurde vom APD auch eine Veranstaltungsreihe durchgeführt, nämlich:

Am 10.08. 2022 kam die Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Konzepts der Zusammenarbeit mit Gemeinden zu ihrer Gründungssitzung zusammen.

Am 13.10.2022 fand unter Mitwirkung des APD-Projekts die Sitzung der Arbeitsgruppe für agrarwirtschaftliche und ländliche Entwicklung zum Thema „Möglichkeiten für die Einführung der Funktion eines Beraters für agrarwirtschaftliche und ländliche Entwicklung in territorialen Gemeinden “ statt.

Am 27.05.2022 führte der APD eine Veranstaltung zum Thema „Finanzkraft von Gemeinden – Herausforderungen und Potenziale in Kriegs- und Nachkriegszeiten“ durch, an welcher über 180 Vertreter von Gemeinden und Kommunen aus verschiedenen Regionen der Ukraine teilgenommen haben.

Zum Teilnehmerkreis der APD-Veranstaltungen gehören nicht nur Vertreter von territorialen Gemeinden, sondern auch Behörden, Bürgervereinigungen, Fachverbände, Wissenschaftler und Lehrkräfte.

Der APD hat gemeinsam mit Partnern **das Konzept für die Zusammenarbeit mit territorialen Gemeinden im Rahmen der dazu eingerichteten Arbeitsgruppe** vorbereitet. Die Umsetzung des Konzepts schließt eine Reihe von Maßnahmen ein, die auf eine bessere Realisierung der Agrarpolitik vor Ort, die Versorgung der territorialen Gemeinden mit erforderlichen Informationen und den Ausbau ihrer Organisationsfähigkeiten sowie auf die Informierung über staatliche Förderprogramme für den Agrarsektor und die Möglichkeiten des Zugangs zu entsprechenden Fördermitteln ausgerichtet sind.

Im Rahmen der Umsetzung dieses Konzepts wurde am 15.09.2022 im Dorf Kozhenky, Oblast Kyiv, vom APD, dem Nationalen Gemeindeverband der Ukraine und dem Nationalen Verband der landwirtschaftlichen Beratungsdienste ein Workshop für Agrarbetriebe und Vertreter der lokalen Behörden in Gemeinden Uzyn und Mala Vilshanka zum Thema „Stärkung der Finanzkraft von Agrarbetrieben: politische Instrumente und erfolgreiche Erfahrungen“ durchgeführt.

An dieser Maßnahme nahmen ferner teil:

- Maria Yaroshko, Interimsleiterin des APD-Projekts,
- Ivan Slobodyanyk, geschäftsführender Direktor des Nationalen Gemeindeverbands der Ukraine,
- Ihor Abramyuk, Direktor für Entwicklung des Nationalen Gemeindeverbands der Ukraine,
- Juriy Drobovykh, Gemeindevorsitzender Mala Vilshanka,
- Vitaliy Hrynychuk, Bürgermeister der Stadtgemeinde Uzyn,
- Roman Korinez, Leiter des Nationalen Verbands der landwirtschaftlichen Beratungsdienste der Ukraine,
- Vasyl Kvartyuk, Experte des Leibniz-Instituts für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO, Deutschland).

Bei der Befragung (anonyme Fragebögen) wurden von Agrarunternehmen auf folgende Defizite hingewiesen:

- keine Kooperationsbeziehungen zwischen lokalen Agrarbetrieben und territorialen Gemeinden auf der ständigen Basis;
- Mangel an Kommunikation zwischen Unternehmen und kommunalen Selbstverwaltungsorganen; örtliche Agrarbetriebe werden von kommunalen Selbstverwaltungsorganen mit erforderlichen Informationen praktisch nicht versorgt;
- schwache Informiertheit der Unternehmen über staatliche Förderprogramme.

#### **4.4. APD und Agrarhandelspolitik**

Die russische Aggression gegen die Ukraine 2022 hat ukrainische Agrarexporte praktisch lahmgelegt. Vom März bis Juni 2021 wurden ukrainische Agrarprodukte im Wert von 7.473 Mio. US-Dollar exportiert. Im gleichen Zeitraum 2022 ist das Exportvolumen der ukrainischen Agrarprodukte um 40% auf 4.431 Mio. US-Dollar gesunken<sup>117</sup>.

Die Ukraine hat jedoch Glück im Unglück gehabt: die Europäische Union ist nun endgültig zum wichtigsten Handelspartner der Ukraine geworden, und demzufolge sind auch die Ausfuhren in die EU gestiegen<sup>118</sup>. Hilfe durch Sofortmaßnahmen, die von der EU für die Entwicklung des Handels zwischen der Ukraine und der EU gestellt wurde, die Abschaffung von Zöllen, das Abkommen über den Straßenverkehr usw. haben ein überraschendes Ergebnis gebracht: in 8 Monaten sind ukrainische Ausfuhren in die EU im Vergleich mit dem Zeitraum Januar-August 2021 um 6% gestiegen. Die Europäische Kommission hat auch Zölle auf ukrainische Industrieerzeugnisse aufgehoben, sämtliche zolltarifliche Kontingente vorübergehend eingestellt (d.h. ukrainische Bienenzüchter dürfen von nun an Honig quotenfrei exportieren) und Antidumpingzölle auf Stahl aus der Ukraine vorübergehend ausgesetzt. Die ukrainische Staatsführung beabsichtigt in der gegebenen Situation sich an das Europäische Parlament und den EU-Rat mit der Bitte zu wenden, die Geltungsdauer der Präferenzregelungen für ukrainische Erzeugnisse bis Ende 2037 zu verlängern. Es handelt sich hier vor allem um die Verordnung (EU) 2022/870 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2022 über vorübergehende Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels.

Um der Aufgabe einer besseren Nutzung durch die Ukraine der Möglichkeiten für den Agrarhandel mit der EU vor dem Hintergrund des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine über vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) gerecht zu werden, hat der APD die Einrichtung **einer Arbeitsgruppe für Agrarhandelspolitik** angeregt. Diese Gruppe besteht aus Vertretern der federführenden Ministerien, u.a. des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung, des Wirtschaftsministeriums, der

---

<sup>117</sup><https://agravery.com/uk/posts/show/u-i-pivricci-2022-roku-eksport-ukrainskoi-agroprodovolcoi-produkcii-zberigae-dominuuci-pozicij-v-zaqalnomu-eksporti>

<sup>118</sup><https://www.rada.gov.ua/news/razom/228367.html>

Verbraucherschutzbehörde, der Agrarfachverbände, der Industrie- und Handelskammer der Ukraine, der Forschungseinrichtungen sowie aus ukrainischen und internationalen Experten.

Am 28.04.2022 ist die Arbeitsgruppe für Agrarhandelspolitik zur ihren ersten konstituierenden Sitzung zusammengekommen. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe setzten sich mit eventuellen zukünftigen Themen auseinander. Es ging u.a. um die Logistik und alternative Exportwege; Sicherheitsstandards und Einhaltung von EU-Qualitätskriterien; Aufhebung von EU-Handelsbeschränkungen, Risikobewertung zum Agrarhandel bei der Integration der Ukraine in die EU; Zusammenfassung und Auswertung von Informationen über Importe aus der EU in die Ukraine und ukrainische Exporte in die EU (mit Akzent auf Kleinunternehmen), Einschätzung und Monitoring der ukrainischen Gesetzgebung und ihrer Anpassung an das EU-Recht usw.

Am 30.08.2022 fand die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe für Agrarhandelspolitik zum Thema „Abschaffung von Beschränkungen im Handel zwischen der EU und ihre Einwirkung auf den Agrarhandel“ statt.

Am 06.10.2022 wurde die Sitzung der Arbeitsgruppe für Agrarhandelspolitik zum Thema „Infrastruktur für Sicherheit und Qualität von Agrarprodukten und Lebensmitteln in der Ukraine – weitere Schritte“ durchgeführt.

*Es ist klar, dass die Suche nach neuen Möglichkeiten und Wegen für den Handel zwischen der Ukraine und der EU (sowie anderen Ländern und Regionen) u.a. mit Lebensmitteln weitergeführt wird. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die agrarpolitische Beratung, u.a. im Rahmen der Aktivitäten des APD-Projekts. Von dieser Beratung würden nicht nur Behörden, sondern auch öffentliche Vereine und Agrarfachverbände, Bildungs- und Forschungseinrichtungen profitieren, die mit der Agrarhandelspolitik befasst sind.*

#### **4.5. APD als Plattform für Polylog**

Die Teilnehmer- und Maßnahmenzahl des APD-Projekts in seiner neuen Phase geben Grund zur Behauptung, dass *der APD sich de facto zu einer Plattform für die Diskussion verschiedener Aspekte der Agrarpolitik für einen breiten Kreis von Zielgruppen entwickelt hat.*

Ein weiteres Argument zugunsten dieser Feststellung liefert die Auflistung der Partner, die abgesehen vom Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung und dem Nationalen Verband

der ukrainischen Beratungsdienste, folgende Strukturen umfasst:

- zentrale Exekutivbehörden - Wirtschaftsministerium der Ukraine, Ministerium für Bildung und Wissenschaft, Ministerium für Entwicklung von Gemeinden und Territorien, Veteranenministerium, Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen, Ministerium für Regionale Entwicklung, Bau- und Kommunalwirtschaft, Staatskomitee für Forstwirtschaft der Ukraine, Staatliche Agentur für Geodäsie, Kartografie und Kataster der Ukraine u.a.

- Werchowna Rada der Ukraine - Ausschuss für Ökologie und Bodennutzung, Ausschuss für Agrarpolitik und Bodenangelegenheiten der Werchowna Rada u.a.;
- maßgebliche Agrarfachverbände – Industrie- und Handelskammer der Ukraine, Ukrainische Agrarkonföderation, Agrarunion der Ukraine, Verband von Landwirten und Landeigentümern, Ukrainisches Nationales Agrarforum, Landunion der Ukraine u.a.
- führende Forschungs- und Bildungseinrichtungen – Nationale Akademie der Agrarwissenschaften der Ukraine, Institut für Agrarökonomie, Nationale Universität für Bioressourcen und Naturnutzung, Wissenschaftlich-methodisches Zentrum für Hochschul- und weiterführende Berufsbildung u.a.;
- kommunale Selbstverwaltungsorgane und die von ihnen gegründeten Organisationen;
- eines der größten Kommunalverbände der Ukraine – Nationalen Gemeindeverband der Ukraine und einzelne territoriale Gemeinden;
- ausländische und internationale Organisationen, Projekte der internationalen technischen Hilfe.

*Dank diesem Partnerkatalog kann ein intensiver und umfassender Fachdialog zwischen verschiedenen Akteuren geführt werden, bei dem verschiedene Meinungen zum jeweiligen Problem berücksichtigt werden, was bei der Suche nach optimalen Lösungen angesichts der Komplexität der Agrarpolitik unentbehrlich ist.*

#### **4.6. Effizienzbewertung des APD**

Zur Effizienzbewertung des APD-Dialogs wurde eine anonyme Befragung der wichtigsten Begünstigten durchgeführt.

Die Auswahl der Umfrageteilnehmer ist nicht repräsentativ, da der APD-Begünstigtenkreis ziemlich groß ist. Die Befragung dieser Art ist jedoch für die Effizienzbewertung des APD in vieler Hinsicht aufschlussreich.

An der Befragung haben sich 20 Personen aus den Oblasten Wolhynien, Zhytomyr, Cherkassy, Kyiv und aus der Stadt Kyiv beteiligt.

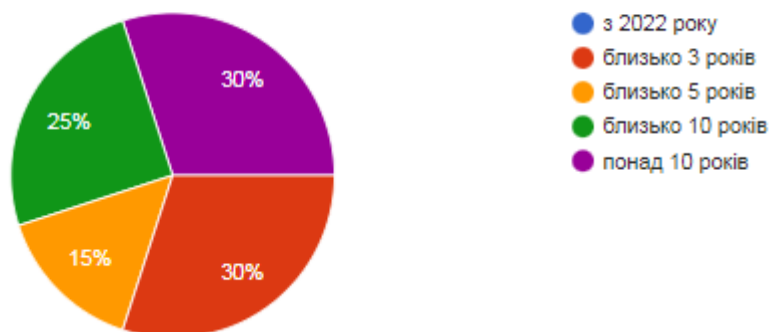
Die Befragten teilen sich wie folgt auf:

- Staatliche kommunale Forschungs- und Bildungseinrichtungen – 11 Personen;
- Fachverbände/zivilgesellschaftliche Organisationen – 5;
- Ministerkabinett der Ukraine – 1;
- Kommunale Selbstverwaltungsorgane/territoriale Gemeinden – 1;
- Lokale Exekutivbehörden – 1;
- Wissenschaft – 1.

Die Befragten haben verschiedene Kooperationserfahrungen mit dem APD-Projekt. Mehr als die Hälfte der Befragten arbeiten mit dem APD-Projekt längere Zeit zusammen, d.h. sie zeigen stabiles Interesse für dieses Projekt, was für seinen Nutzeffekt innerhalb eines längeren Zeitraums spricht.

#### Як довго Ви знайомі з діяльністю проекту АПД?

20 відповідей



#### Frage: **Wie lange interessieren Sie sich für APD-Projektmaßnahmen?**

Antworten: ab 2022 (blau); ca. 3 Jahre (rot); ca. 5 Jahre (gelb); ca. 10 Jahre (grün); mehr als 10 Jahre (violett) (insgesamt - 20 Antworten).

Der Projektnutzen wird auch dadurch bestätigt, dass die meisten Befragten den Einladungen des APD-Projekts immer gern Folge leisten.

#### Як часто Ви відвідуєте агрополітичні заходи АПД?

20 відповідей



#### Frage: **Wie oft besuchen Sie Maßnahmen des APD-Projekts?**

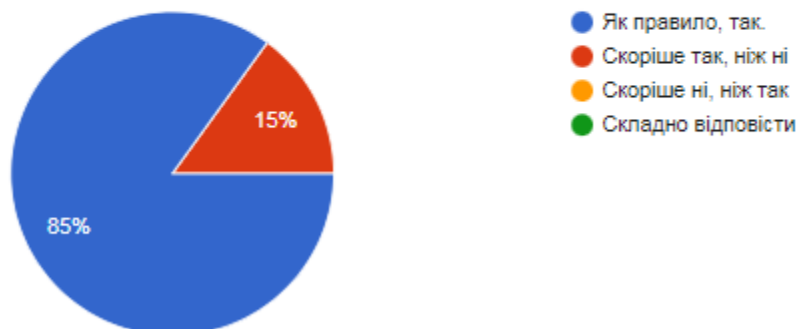
Antworten: ich gebe mir Mühe, alle APD-Maßnahmen zu besuchen, zu denen ich eingeladen werde (blau); ich besuche nur APD-Maßnahmen, die mit meiner Berufstätigkeit verbunden sind (rot) (insgesamt – 20 Antworten).

15% der Befragten haben Informationen, die sie vom APD vermittelt bekommen haben, als nicht immer nutzbringend für ihre Tätigkeit bewertet. Das ist ein guter Kennwert für Maßnahmen im Bereich der agrarpolitischen Beratung, denn sie haben nicht unbedingt

mit einem konkreten beruflichen Arbeitsfeld, zu tun (z.B. Aufbau eines Netzwerks von Beratern für agrarwirtschaftliche und ländliche Entwicklung in ukrainischen Gemeinden).

**Чи корисною для Вашої професійної діяльності є інформація, отримана від АПД через агрополітичні заходи, публікації, інформаційні бюлетені?**

20 відповідей

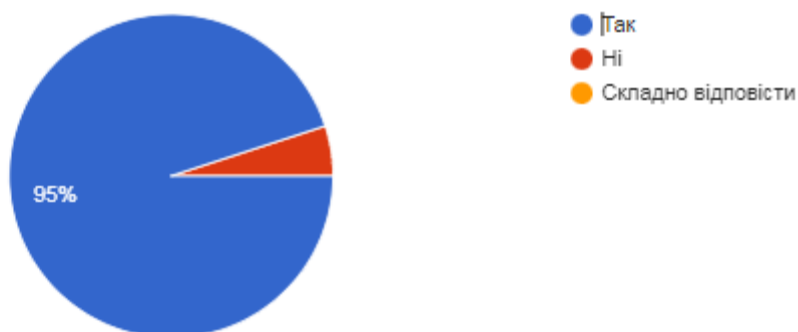


**Frage: Inwieweit schätzen Sie Informationen, die ihnen vom APD über agrarpolitische Maßnahmen, Veröffentlichungen und Newsletters zur Verfügung gestellt werden, als nützlich für Ihre berufliche Tätigkeit ein?**

Insgesamt wurde 20 Antworten gegeben: in der Regel, ja – 85% (blau); eher ja als nicht – 15% (rot); eher nein als ja - 0; schwer zu sagen - 0. 95% der Befragten greifen auf die im APD-Projekt gewonnenen Informationen in ihrer praktischen Tätigkeit zurück, was ein sehr hoher Indikator des Projektnutzens ist.

**Чи вдалося Вам хоча б раз використати у своїй практичній діяльності інформацію, отриману від АПД через агрополітичні заходи, публікації, інформаційні бюлетені?**

20 відповідей



**Frage: Ist es Ihnen gelungen, mindestens einmal die Informationen, die ihnen vom APD über agrarpolitische Maßnahmen, Veröffentlichungen und Newsletters zur Verfügung gestellt wurden, in ihrer praktischen Tätigkeit anzuwenden?**

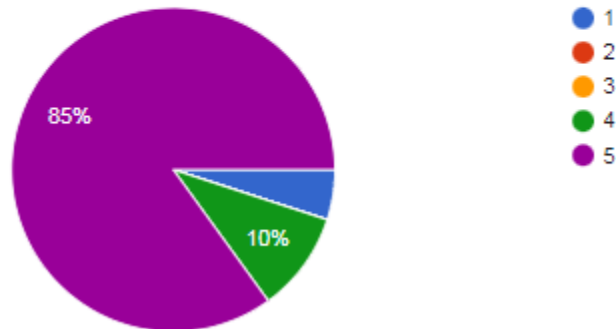


Antworten: Ja (blau), nein (rot), schwer zu sagen (gelb). Auch die Qualität der Vorbereitung von APD-Maßnahmen wurde sehr hoch bewertet.

Оцініть (за п'ятибальною шкалою: 5 – найвищий бал, 1- найнижчий)

**ЗАГАЛЬНУ** якість підготовки та проведення агрополітичних заходів АПД:

20 відповідей



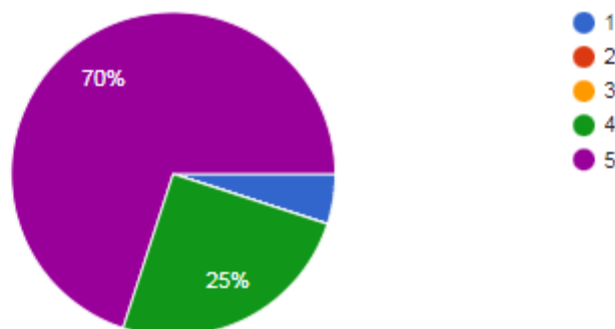
Frage: **Geben Sie auf einer Skala von 1 bis 5 die allgemeine Bewertung der Qualität der Durchführung von agrarpolitischen Maßnahmen durch das APD-Projekt ab.**

Abgesehen von einem Befragten wurden von den restlichen Befragungsteilnehmern die vom APD ausgewählten Schwerpunktthemen als aktuell für die Ukraine bewertet.

Оцініть (за п'ятибальною шкалою: 5 – найвищий бал, 1- найнижчий)

**АКТУАЛЬНІСТЬ** агрополітичних заходів АПД:

20 відповідей

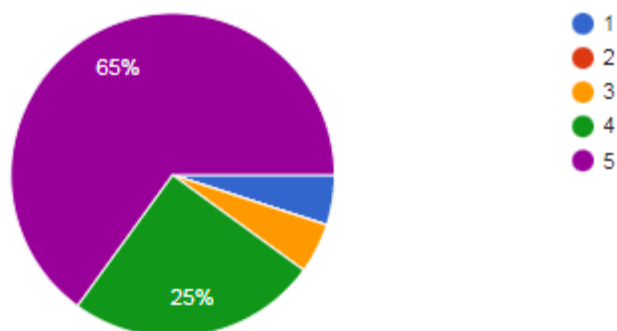


Frage: **Geben Sie auf einer Skala von 1 bis 5 die allgemeine Bewertung der Aktualität von agrarpolitischen Maßnahmen des APD-Projekts ab.**

Nur 2 Befragte haben sich über die Aktualität der von Referenten und Beratern der agrarpolitischen Maßnahmen des APD-Projekts präsentierten Inhalte beschwert.

**Оцініть** (за п'ятибальною шкалою: 5 – найвищий бал, 1- найнижчий)  
**компетентність доповідачів/консультантів**, що залучені до агрополітичних заходів АПД:

20 відповідей



Frage: **Geben Sie auf einer Skala von 1 bis 5 die allgemeine Bewertung der Kompetenz der Referenten/Berater von agrarpolitischen Maßnahmen des APD-Projekts ab.**

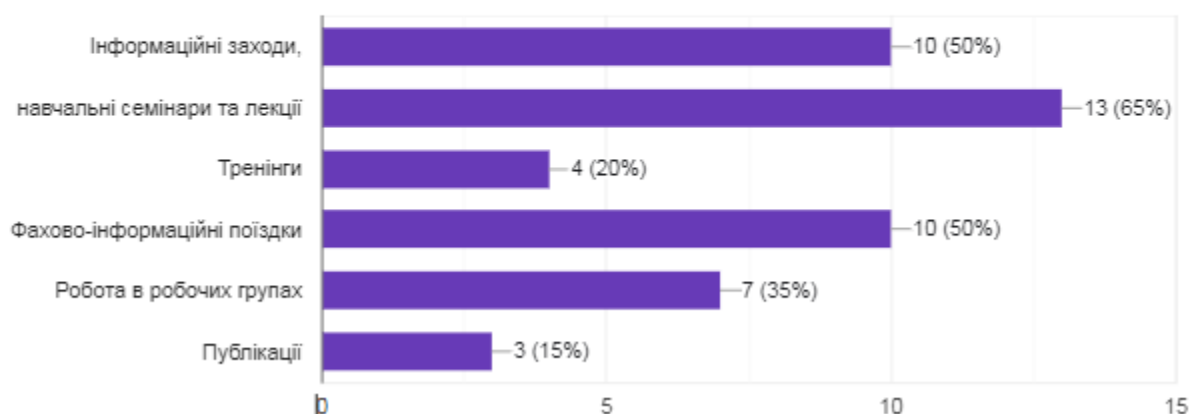
Die Befragten schätzten Schulungsseminare und Vorträge sowie Fachinformationsreisen und Informationsveranstaltungen als die am meisten effizienten Instrumente der agrarpolitischen Beratung ein.

Da Präsenztrainings und offline-Sitzungen in den Arbeitsgruppen wegen COVID-19-Bechränkungen und Krieg nur in seltenen Fällen durchgeführt werden konnten, wurden diese Veranstaltungen vermutlich nicht besonders hoch bewertet.

Es wäre sinnvoll, eine tiefgehendere Analyse der Gründe für eine geringe Effizienzbewertung der APD-Veröffentlichungen durch Befragte durchzuführen.

**Який тип заходів, на Ваш погляд, є НАЙБІЛЬШ ефективними для агрополітичного консультування? Оберіть не більше двох позицій:**

20 відповідей



Frage: **welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht für agrarpolitische Beratung am besten geeignet? Wählen Sie nur zwei aus der unten angeführten Liste.**

Liste: Informationsveranstaltungen

Schulungsseminare und Vorträge

Trainings

Fachinformationsfahrten

Arbeitsgruppen

Veröffentlichungen

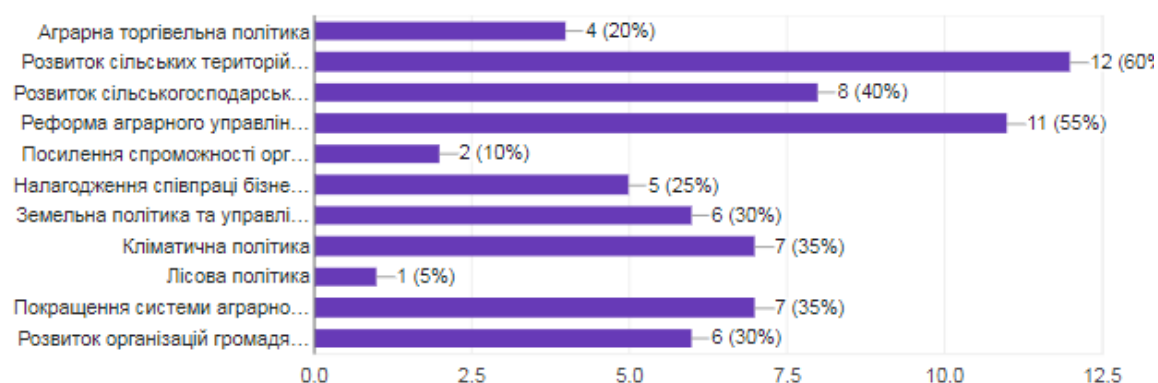
Das größte Interesse lösen APD-Maßnahmen in folgenden Bereichen aus:

- Entwicklung der ländlichen Räume;
- Reform der Agrarverwaltung;
- Entwicklung der agrarwirtschaftlichen Produktion.

Ein geringes Interesse der Befragten für Forstpolitik ist mit Blick auf ihre fachliche Orientierung nachvollziehbar, aber kein besonderes Interesse für die Stärkung der Verwaltungskapazitäten von kommunalen Selbstverwaltungsorganen und die Herstellung der Kooperation zwischen Unternehmen und Gemeinden lässt sich am ehesten dadurch erklären, dass ihre Bedeutung von Befragten nicht erkannt wird, was übrigens auch von entsprechenden Forschungen bestätigt wird<sup>119</sup>. Daher sollten diese Themen nicht aufgegeben, sondern weiter vorangetrieben werden.

**Які з напрямів роботи АПД є для Вас найбільш цікавими? Позначте не більше 3 (трьох) відповідей**

20 відповідей



Frage: **Welche Arbeitsfelder des APD-Projekts sind für sie am meisten interessant? Wählen Sie nicht mehr als 3 von den unten angeführten Varianten.**

<sup>119</sup><http://eapk.org.ua/contents/2020/11/99>

Varianten: Agrarhandelspolitik; Entwicklung der ländlichen Räume; Entwicklung der agrarwirtschaftlichen Produktion; Reform der Agrarverwaltung; Stärkung der Verwaltungskapazitäten von Gemeinden: Herstellung der Kooperation zwischen Gemeinden und Unternehmen; Bodenpolitik und Bodenmanagement; Klimapolitik; Forstpolitik; Besseres System .... *der weitere Wortlaut fehlt*; Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Es wurden folgende Antworten auf die Frage „Was gefällt Ihnen an den APD-Veranstaltungen am meisten?“ gegeben:

- Gründliche Vorbereitung
- Fachwissen (Expertise) der Teilnehmenden...
- Pünktlichkeit
- Hohe Qualität der Vorbereitung und der Durchführung von Maßnahmen. Kompetente Veranstalter und Referenten.
- Alles
- Aktualität
- Organisation
- fachlicher Sachverstand, Klarheit und Inhaltsreichtum
- Qualität der Maßnahmen und kompetenter Ansatz zur deren Durchführung, Qualität analytischer Materialien
- Professionalität und praktische Ausrichtung
- Informationsmaterial, Organisation
- Analytik
- Erörterung von Diskussionsfragen
- Networking
- Sachverstand und gründliche Problemanalyse
- Professionalität
- Innovative Ansätze zur Gestaltung des Dialogs, Teilnahme europäischer Experten, ein gutes Team von APD-Fachleuten mit entsprechendem Fachwissen und Kommunikationsfähigkeiten
- Organisation der Online-Veranstaltungen, kompetente Vortragende
- Seminarveranstalter und Referenten beherrschen sehr gut ihr Handwerk! Viele innovative Ansätze u.a.

Für die bessere Organisation der Arbeit des APD-Projekts sind jedoch die Antworten auf die Frage „Was gefällt Ihnen an den APD-Veranstaltungen **nicht**?“ von extrem wichtiger Bedeutung. Die Befragten haben sie wie folgt beantwortet:

- Schwer zu sagen
- Es ist nichts auszusetzen
- keine Maßnahmenpläne für das nächste Quartal
- nichts
- 0
- Manchmal eine zu lange Dauer
- -
- Dosierung der Information über innovative Erfahrungen im Agrarsektor
- -//-
- keine Bemerkungen
- nicht ausreichende Präsenz der Vertreter der Fachgemeinschaft
- mir gefällt alles
- fehlende Kompetenz.
- Manchmal ist der Gegenstand des Gesprächs zu breit gefasst.
- –
- die meisten Maßnahmen werden ohne Videoaufzeichnung durchgeführt, so dass man keine Möglichkeit hat, das Versäumte nachzuholen.
- -----
- Mir gefällt nicht, dass der Bildungsbereich aus dem Blickfeld geraten ist. Manchmal werden „schwache“ Vortragende (Referenten) ausgewählt. Es wäre gut, wenn Informationen im Jahres-, Land- oder Zeitraumvergleich präsentiert werden könnten.
- Es wäre erwünscht, sich näher an die Praxis der Landwirtschaft zu halten und Agrarproduzenten direkt von der Praxis in die Maßnahmen einzubeziehen. Unter anderem Kleinlandwirte, die über ihre Probleme in der Produktionsorganisation und vor allem im Absatz (Vertrieb) berichten könnten, um auf dieser Grundlage nutzbringende Handlungsempfehlungen zu erteilen.
- Alles ist auf einem hohen Niveau.

Frage: „Was würden Sie dem APD-Team mit Blick auf eine bessere Effizienz der agrarpolitischen Beratung wünschen“ brachte folgende Antworten:

- Ausweitung der Tätigkeitsbereiche, was jedoch mehr Personal und materielle Ressourcen verlangt.
- Mehr Beharrlichkeit in der Umsetzung der eigenen Vision.
- Fruchtbare Zusammenarbeit mit fachinteressierten zivilgesellschaftlichen Organisationen.

- Stärkere Einbeziehung der Wissenschaftler.
- Mehr Veranstaltungen im online-Modus und mit Einbeziehung von ausländischen Experten.
- Mehr Präsenzveranstaltungen und Informationsfahrten.
- Einbindung erfolgreicher Unternehmen und Wissenschaftler in den Dialog.
- Eine stärker anwendungsorientierte Beratung, die Agrarproduzenten, Haushalten und Landwirten direkten Nutzen bringt.
- Bei Möglichkeit mehr auf das ausländische Praktikum zu achten.

Nach der Analyse der Antworten können folgende Empfehlungen für den APD ausgesprochen werden:

- Ausweitung der Tätigkeitsbereiche.
- Mehr ausländische Erfahrungen.
- Mehr Präsenzveranstaltungen.
- Mehr Informationsfahrten.
- Mehr Werbung für den APD und seine Produkte, die sich an den gesamten Agrarsektor richtet.
- Mehr direkter Kommunikation mit Agrarproduzenten.
- Es wäre ratsam, enger gefasste Themen für die Diskussion zu wählen.
- Um den Wünschen der potenziellen Teilnehmer nachzukommen, sollte man einen langfristigen Maßnahmenplan (mindestens für ein Vierteljahr) entwickeln.
- Maßnahmen müssen dynamischer gestaltet werden.
- Videoaufzeichnungen der Maßnahmen sollten zugänglich sein.

Nur zwei Befragte haben die Kompetenz der Berater bemängelt, die an den APD-Maßnahmen teilgenommen haben. Doch diese Antworten müssten auch in der weiteren Arbeit berücksichtigt werden.

Einige Wünsche der Befragten sind angesichts des Arbeitsrahmens des APD-Projekts schwer umzusetzen. Das gilt beispielsweise für anwendungsorientierte Beratung, die Agrarproduzenten, Haushalten und Landwirten direkten Nutzen bringen würde. Man sollte nicht nur aus diesem Grund eher darauf verzichten.

## ZUSAMMENFASSUNG UND EMPFEHLUNGEN

Unbestimmtheit ist ein prägendes Merkmal der ukrainischen Agrarpolitik.

Eine rohstoffbasierte Landwirtschaft, die Rückentwicklung der ländlichen Räume, die Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung, die Abschaffung des Verbots auf Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen und die Verleihung des EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine fordern eine neue Agrarpolitik, Institutionen und Umsetzungsinstrumente, um den Übergang zu einer höheren Entwicklungsphase sowohl in der Agrarpolitik als auch in der Gesellschaft zu schaffen.

Es liegt auf der Hand, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sich wesentlich auf den Planungshorizont der Agrarpolitik und die Rangordnung der Aufgaben ausgewirkt hat. Zugleich muss aber erkannt werden, dass die Zukunft heute beginnt und auf die volle Nutzung der Möglichkeiten für den Agrarhandel mit der EU aber auch in anderen wichtigen Kooperationsbereichen im Kontext der europäischen Integration der Ukraine ungeachtet des Kriegs kontinuierlich hingewirkt werden muss.

Diese Bemühungen hängen mit der Notwendigkeit zusammen, einen großen Umfang von Informationen und Erkenntnissen, die für ukrainische Akteure des Agrarsektors oft neu sind, vermittelt zu bekommen und zu verarbeiten. Daher wird die Bedeutung der agrarpolitischen Beratung nur zunehmen.

Die Ressourcen der Ukraine für die Wahrnehmung dieser Aufgabe sind aus verständlichen Gründen beschränkt, deshalb wird auch der Bedarf an agrarpolitischer Beratung unter Mitwirkung von internationalen Organisationen und Geldgebern steigen.

Formal gibt es Institutionen für den Aufbau des Dialogs zwischen verschiedenen Subjekten der Agrarpolitik sowie für die Gestaltung und Umsetzung einer offenen und konkurrenzfähigen agrarpolitischen Beratung. Gleichzeitig hat sich das Wettbewerbsprinzip aus vielen Gründen bisher nicht behaupten können. Hier sind vor allem ein erheblicher Einfluss von Großunternehmen auf Behörden, geringe Organisationskraft der von Kleinst-, Klein- und mittelständischen agrarwirtschaftlichen Unternehmen gegründeten Verbände, unzureichende Fähigkeiten kommunaler Selbstverwaltungsorgane und territorialer Gemeinden, sich mit der Entwicklung der Landwirtschaft vor Ort zu befassen. Zudem hatten auch Projekte der internationalen technischen Hilfe keine besonderen Ergebnisse im Bereich der agrarpolitischen Beratung erzielt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Kultur der **wettbewerbsorientierten** agrarpolitischen Beratung bisher nicht etabliert hat. Die Beratung im Agrarsektor konzentriert sich überwiegend auf fachliche Beratung für Agrarbetriebe und Agrarproduzenten, wobei die staatlich festgelegten Praktiken der agrarpolitischen Beratung (beispielsweise Öffentlichkeitsräte) eher eine Formalsache und kein wirksames Instrument sind.

Umfassende politische Konsultationen über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) sind eine gängige Praxis in der EU. In der Ukraine ist es meistens eine Formalität. Eine reale (nicht formale) Einführung einer solchen Praxis in der Ukraine würde dazu beitragen, eine neue Qualität in der nationalen Agrarpolitik zu erreichen.

Die meisten Formen und Methoden der Zusammenarbeit zwischen Staat und Nichtregierungsorganisationen des Agrarsektors, die im Ausland üblich sind, finden auch in der Ukraine. Der grundlegende Unterschied besteht in der Qualität dieser Zusammenarbeit, die oft sehr stark von politischen Einflüssen geprägt wird. Daher ist die Stärkung dieser Organisationen ein wichtiger Politikbereich und könnte zur ihren besseren Wirksamkeit beitragen.

Die ukrainische Agrarpolitik steht vor der Herausforderung, das Wesen der Agrarpolitik zu erkennen, für ihre Anpassung an globale u.a. europäische Trends zu sorgen und die Kultur der Gestaltung und der Umsetzung dieser Politik zu beherrschen.

Der Krieg hat einige Defizite in der Agrarpolitik aus der Vorkriegszeit „ausgeleuchtet“. Daher muss die ukrainische Agrarpolitik in eine neue Phase der Suche und der Entwicklung von neuen Werten, Zielen und Ansätzen mithilfe der Transformation der politischen Kultur eintreten. Bei dieser Politik ist nicht die Menge der hergestellten oder exportierten Güter, sondern eine nachhaltige Agrarwirtschaft mit dem Menschen im Mittelpunkt ausschlaggebend.

Die Annäherung der ukrainischen Agrarpolitik an die europäische Gemeinsame Agrarpolitik ist eine Schlüsselaufgabe für die Nachkriegszeit.

Und es ist ein wichtiger Ansatzpunkt auch für die agrarpolitische Beratung der Behörden und verschiedener gesellschaftlicher Gruppen.

In der Ukraine hat sich ein unabhängiges fachliches System der agrarpolitischen Beratung bisher nicht etabliert. Daher könnte sich das APD-Projekt vor dem Hintergrund seiner langjährigen Erfahrungen zu einer Plattform für derartige agrarpolitische Beratung entwickeln.

Die Auswertung von Gesetzen, Praktiken, Problemen und Herausforderungen in der ukrainischen Agrarpolitik lässt darauf schließen, dass *die Themen/Schwerpunktebereiche des APD-Projekts für die Entwicklung einer auf den europäischen Grundsätzen und Werten basierten ukrainischen Agrarpolitik von neuer Qualität hoch aktuell sind. Diese Werte und Grundsätze wurden in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU verankert.*

Hoch interessant hat sich beispielsweise der Tätigkeitsbereich des APD „Ländliche Entwicklung über die Förderung der Agrarbetriebe mit Beteiligung der territorialen Gemeinden“ erwiesen. Das ist den Ergebnissen der durchgeführten Befragung zur Bewertung der APD-Maßnahmen zu entnehmen. Das größte Interesse haben die Befragten für APD-Maßnahmen im Bereich der Entwicklung der ländlichen Räumen, der Reform der Agrarverwaltung und der Entwicklung der Agrarproduktion gezeigt.



Die Entwicklung der ländlichen Räume (ländliche Entwicklung) ist zum Unterschied von der europäischen Praxis bis heute kein Bestandteil der ukrainischen Agrarpolitik und der Tätigkeit des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine. Das Thema der Einführung von Instrumenten der ländlichen Entwicklung durch die Agrarpolitik wird derzeit systemisch von keinem Projekt der internationalen technischen Hilfe behandelt. Das gleiche gilt für ukrainische Forschungsstellen, einschließlich staatlicher Forschungseinrichtungen. *Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll, die Bemühungen des APD-Projekts in diesem Bereich mit entsprechenden Fördermitteln zu untermauern.*

Es wäre ferner ratsam, traditionelle APD-Schwerpunktthemen durch neue Arbeitsfelder zu ergänzen, die zur Heranführung der ukrainischen Agrarpolitik an europäisches Vorbild beitragen würden, nämlich: Verwaltungssysteme der Agrarwirtschaft; Stärkung der Fachagrarverbände, insbesondere der von Kleinst-, Klein- und mittelständischen Betrieben gegründeten beruflichen Interessenvertretungen; berufliche Selbstverwaltung, Einführung der Ansätze LEADER/LCCD in die ukrainische Politik und Praxis; Gründung von Stiftungen im Agrarsektor nach europäischen Mustern; Entwicklung moderner Systeme der Wissensvermittlung und des Innovationstransfers, u.a. in der Beratung; nachhaltige Entwicklung; Einfluss der Gemeinden auf die Nutzung von Landressourcen; Einführung der „grünen“ Politik u.a.m.

Die Unabhängigkeit des APD bietet die Möglichkeit, den Entscheidungsträgern im Bereich der Agrarpolitik fundierte und wohl erwogene Entscheidungen nahe zu legen. Besonders wertvoll dabei ist, dass sie auf der Grundlage europäischer, u.a. deutscher Erfahrungen erarbeitet werden.

Das Projekt hat auch in der Kriegszeit mehrmals seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, schnell und flexibel auf bestehende Herausforderungen ungeachtet ziemlich beschränkter Ressourcen zu reagieren und die durch diese Zeit und kriegsbedingte Probleme gebotenen Maßnahmen durchzuführen.

Dies ist vor allem dem Sachverstand des APD-Personals zu verdanken. Wichtig dabei sind auch die jahrelang bestehenden Kontakte mit verschiedenen agrarpolitischen Stakeholdern, was ein besonderes Merkmal dieses Projekts ist.

Ein weiterer wichtiger Erfolgsaspekt des Projekts ist agrarpolitische Beratung durch Weitervermittlung von europäischen, u.a. deutschen Erfahrungen.

Der APD hat sich de facto zu einer wichtigen Plattform für die Diskussion zentraler fachlicher Fragen der Agrarwirtschaft entwickelt. Angesichts der aktuellen Situation scheint es sinnvoll, diese Plattform weiter zu entwickeln. Ihre Aktivitäten werden zumindest bis zum Abschluss des Beitritts der Ukraine zur EU aktuell bleiben.

*Die meisten Aufgaben sind langfristig, denn sie sind mit politischen Änderungen verbunden, die von Änderungen in der gesellschaftlichen Mentalität und den mentalen Modellen der Wahrnehmung der Politik durch Gesellschaft begleitet werden müssen, was erheblicher Ressourcen bedarf und neue Räume für die Ausweitung der Projektarbeit des APD bietet.*

Die wichtigsten Begünstigten des Projekts schätzen die Projektarbeit des APD hoch ein, was durch Ergebnisse einer Befragung belegt ist.

- Die meisten Begünstigten haben langjährige Erfahrungen der Kooperation mit dem APD-Projekt und bemühen sich, an allen APD-Maßnahmen teilzunehmen, zu denen sie eingeladen werden;
- Sie halten die vom APD ausgewählten Arbeitsbereiche für aktuell;
- Die vom APD vermittelten Informationen und Erkenntnisse finden in ihrer Arbeit Anwendung;
- Die APD-Veranstaltungen sind gut organisiert, und die bestellten Experten/Berater weisen eine gute Fachexpertise auf.

Der wichtigste Wunsch der Begünstigten im Sinne der Verbesserung der Projektarbeit besteht darin, den Teilnehmerkreis um Agrarproduzenten aus der Praxis zu erweitern.

Wegen der Pandemie COVID-19 und des Kriegs wurden die meisten APD-Maßnahmen online durchgeführt. Die Projektteilnehmer wünschen mehr Präsenzveranstaltungen und Informationsfahrten, um sich über ausländische Praxis vor Ort näher zu informieren.

Ein weiterer Wunsch besteht darin, die Beratung möglichst anwendungsorientiert zu gestalten, so dass es unmittelbar für Agrarproduzenten, Haushalte und Landwirte vom Nutzen wäre. Dies würde aber die Zielstellungen eines Projekts wie APD ändern. Dieser Aufgabe sollten sich Beratungsdienste annehmen.

**Es ist offensichtlich, dass der APD sich als Plattform für agrarpolitischen Polylog behauptet hat. Da andere Subjekte einer professionellen agrarpolitischen Beratung oder eine andere derartige Plattform in der Ukraine nicht gegeben sind, sucht er seinesgleichen. Herausforderungen, mit denen die Ukraine konfrontiert ist, verleihen dem Projekt eine besondere Bedeutung. Die Situation verlangt den Ausbau von fachlichen Fähigkeiten und Kapazitäten im Bereich der agrarpolitischen Beratung durch Ausweitung der Tätigkeitsbereiche des APD, was eine stärkere Ressourcenausstattung mit Personal aber auch Mitteln verlangt.**